

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Haaslerova nám. 32.

Telephone:
Lagerredaktion: 6795.
Kassendirektion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 26. Juni 1924.

Nr. 149.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abnahme von Manuskripten erfolgt nur bei
Einsendung der Reklamanten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (1924).

Will es Frieden werden? Der Eindruck der Militärkontrollnote.

Die Ministerpräsidenten zweier Staaten haben eine Besprechung abgehalten, ein Ereignis, das gerade kein ungewöhnliches genannt werden kann, dennoch ist ein großer Teil der öffentlichen Meinung geneigt, ihm geradezu weltgeschichtliche Tragweite zuzumessen. Die Welt hat in der Zeit seit dem Kriege eine Reihe von internationalen Konferenzen der Staatsmänner erlebt, welche die Verständigung über die durch die Friedensverträge zugespitzten Interessengegensätze der Staaten herbeiführen sollten, die aber sämtlich ergebnislos verlaufen, das hat eine pessimistische Grundstimmung geschaffen, welche die Hoffnung auf eine Lösung der Hauptstreitfragen in absehbarer Zeit stark herabgedrückt haben. Wie war es doch nur in Cannes? Der sich allmächtig dünkende Rat der Vier, der anfangs sich annahm, die Welt nach seinen Diktaten zu regieren, hatte dort, die Grenzen seiner Macht verspürend, das erstemal die Vertreter des besiegten deutschen Volkes zu den Beratungen eingeladen, da pläzte mitten hinein in diese Beratungen die Nachricht wie eine Bombe, daß der französische Ministerpräsident Briand von den Nationalisten seines Landes gestürzt worden und Poincaré, der Mann der starken Faust, an seine Stelle getreten sei. Die Konferenz von Cannes verlief, da mit dem neuen Mann Frankreich einen neuen Kurs, den Kurs der Gewalt, einschlug, resultatlos und nicht anders endeten alle früheren und späteren Bemühungen, den Geist des Friedens zu wecken. Seither hat sich unseugbar ein Wandel in der Seele der beiden großen Völker des Westens vollzogen; in England war dieser Umschwung schon früher sichtbar, ihm ist Frankreich gefolgt, und, wie die letzten Wahlen zeigen, ist der Großteil des französischen Volkes von dem nationalistischen Herrschafts- und Unterdrückungswahn gründlich geheilt. Die Aenderung der Stimmung hat in England wie in Frankreich die Aenderung des Systems bewirkt und nun Männer an die Spitze der Regierung gestellt, die der Erkenntnis folgen, daß die Unruhe und der Unfrieden, welche die Politik der früheren Regierungen wedte, nicht nur zum Verderben der anderen Staaten, besonders Deutschlands, gegen das diese Politik gerichtet war, auslagern müßte, sondern auch zum Schaden des eigenen Landes und Volkes.

Als Vertreter dieser neuen Politik, die Europa den ersehnten Frieden bringen soll, haben am Samstag und Sonntag Herriot und Macdonald in Chequers, einem Schloße im Themsetal, Beratungen abgehalten, um sich über ein gemeinsames Vorgehen in der Außenpolitik zu verständigen. Das Ergebnis der Beratungen ist eine Volschaft, die geeignet ist, den herabgestimmten Hoffnungen der Welt neues Leben zu verleihen. Dieses Ziel schien in weite Ferne gerückt, nun ist es beinahe lebendige Tatsache geworden; eine vernünftige Einigung über die deutsche Frage, die das Zentralproblem der europäischen Politik bedeutet. Die in Chequers getroffenen Vereinbarungen zwischen Macdonald und Herriot gehen dahin, das Reparationsproblem, das seit dem Ende des Krieges die drückendste Sorge in Europa war, im Sinne und Geiste der in Frankreich und England entstandenen neuen Gesinnungen zu regeln. Die Leiter der beiden Regierungen wollen gemeinsam zusammenwirken zur Lösung der europäischen Konflikte auf dem Wege der Demokratie. In Chequers wurde volle Übereinstimmung über die Verwirklichung des Sachverständigengutachtens und der damit zusammenhängenden Schritte erzielt und beschlossen, daß die endgültige Entscheidung von einer allgemeinen Konferenz der Alliierten Mitte Juli in London zu fällen sei. Es soll jeder Versuch unternommen werden, die Bedingungen für Deutschland erträglich zu gestalten. Der Konferenz in London sollen neben Vertretern Frankreichs und Eng-

Günstige Aufnahme in der Berliner Presse.

Berlin, 25. Juni. Die Blätter beschäftigen sich mit der neuen Militärkontrolle und weisen einmütig auf den verhältnismäßig freundlichen Ton hin, der die Erklärung durchzieht.

Der „Vorwärts“ schreibt, die Note unterscheidet sich vor allem dadurch, daß die beiden Regierungen die gänzliche Zurückziehung der Kontrollkommission und ihre Ersetzung durch Völkerbundorgane in Aussicht nehmen. Deutschland kann also die Militärkontrolle loswerden, wenn es sich noch ein einzigesmal die gewünschte Generalinspektion gefallen lasse. Herriot und Macdonald sprechen nicht die Sprache von Siegern, sondern von Staatsmännern, die die Versöhnung wollen. Das Blatt weist darauf hin, daß nach der Lage der Umstände nichts anderes erwartet werden kann, als daß die Antwort zustimmend ausfalle, und daß es einen besseren Eindruck machen würde, wenn man nicht den allerletzten Termin abwarten würde.

Das demokratische „Berliner Tageblatt“ weist darauf hin, daß der Entschluß nicht leicht sein werde, die gewünschte Abschlußrevision vornehmen zu lassen. Macdonald und Herriot haben sich über die Form hinweggesetzt und Belgien und Italien nicht gefragt, was die beiden Länder ansehend etwas verstimmt hat. Das Blatt erklärt weiter, daß jeder in Deutschland wisse, daß die nationalen Verbände ihr Bestreben bisher nur gegen Vorgesetzten betätigt haben, eine außenpolitische Gesch. aber nicht darstellen.

Das Organ des Zentrums, die „Germania“, schließt seine Ausführungen: Wenn wir wänten möchten, daß die deutsche Regierung den Wünschen der Kontrollnoten Rechnung trägt, so nun wir es in dem Gedanken, daß damit die Verständigungsabsichten Herriots, an die wir glauben, erleichtert werden.

Auch die demokratische „Vossische Zeitung“ findet, daß in der offenen, freimütigen Sprache der Note sogar ein Ton von Herzlichkeit miltlang. Aus jeder Zeile spreche der Wunsch, der deutschen Regierung einen Schritt zu erleichtern, dessen Feindschaft der Aufmerksamkeit der Völker selbstbewußter Völker nicht entgangen sein könne. Das Blatt hofft, daß die deutsche Regierung dazu beitragen werde, den

lands auch die Minister von Italien, von Belgien, wie auch Vertreter Amerikas und Deutschlands beiwohnen. Die beiden Ministerpräsidenten haben sich auch darüber geeinigt, der Völkerbundtagung im September in Genf demonstrativ beizuwohnen, wodurch die Absicht kundgetan werden soll, daß dem Völkerbund die Fragen der Militärkontrolle und der von Frankreich betriebenen Frage der Sicherungen übertragen werden sollen. Damit beabsichtigen die Leiter der beiden Regierungen dem Völkerbund eine höhere Bedeutung zuzuerkennen, als er sie bis jetzt genöß. Das Streben ist offensichtlich, aus ihm ein wichtiges Instrument für Ausgleich und Verständigung zu formen und die Hoffnung ist nicht unberechtigt, daß er dies unter dem Einfluß der gegenwärtigen demokratischen Regierungen Englands und Frankreichs wirklich werden kann. Von großer Bedeutung ist auch der in Chequers gefasste Beschluß auf Schaffung eines moralischen Paktes zwischen Macdonald und Herriot zum Zwecke fortgesetzter Zusammenarbeit, wodurch die Gewähr gegeben ist, daß Frankreich nicht, wie dies unter Poincaré der Fall war, ein eigenmächtiges Vorgehen beliebt. Die Vereinbarungen zwischen Herriot und Macdonald gehen dahin, daß die deutsche Wirtschaftseinheit wieder hergestellt werden soll, sobald die Organisationen des Sachverständigenplanes in Funktion treten. Ehe dies aber möglich wird, verlangen die beiden Ministerpräsidenten eine Sicherung vor den Rückstufen der Revanchepolitik und

Geist zu verschonen, der das europäische Leben so schwer vergiftet habe.

Der nationalistische „Sokolanzeiger“ ist überzeugt, daß nach den bisherigen Erfahrungen Versprechungen kaum genügend sein dürften, um die deutschen Bedenken gegen die Erfüllung der Forderungen der Volschaftskonferenz zu besänftigen.

Besonders scharf wendet sich die deutschnationalistische „Tageszeitung“ gegen die englisch-französische Erklärung und sagt u. a.: Nur nach Uebervindung des stärksten Widerwillens kann ein ehrlich denkender Mensch sich durch dieses Produkt demokratischer Entente-Diplomatie hindurcharbeiten. Jeder unserer kleinsten Nachbarn ist uns in den entscheidenden technischen Kriegswaffen weit überlegen. Abgesehen von Ungarn und Bulgarien ist heute kein Volk Europas, mit Ausnahme Deutschlands, in seiner Sicherheit bedroht.

Die „B. Z. am Mittag“ meldet an der Spitze des Blattes: Die gestern überreichte Note Herriots und Macdonalds, die man vielleicht richtiger als ein persönliches Sendschreiben der französischen und englischen Regierungschefs an ihren deutschen Kollegen bezeichnen sollte, hat die Lage unzweifelhaft entspannt. Heute nach Beendigung der Reichstags-Sitzung findet ein Kabinettsrat statt, der über die Antwort auf die Militärkontrollnote beraten wird. Angesichts des dringenden, aber in durchaus neuen Tönen gehaltenen Appells von Herriot und Macdonald kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Forderung nach Zulassung einer militärischen Generalrevison stattgegeben wird.

Befriedigung in Brüssel.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ bezeichnet zunächst, daß in amtlichen Kreisen in Brüssel über die Unterredungen vollständige Befriedigung bestehe. Die behandelten Fragen werden in amtlichen Brüsseler Kreisen folgendermaßen interpretiert: 1. Bezüglich der Einberufung einer interalliierten Konferenz bestehe Übereinstimmung. Sie wird ein rein technisches Gepräge haben. Ihr Programm wird sich auf den Expertenplan beschränken. 2. In London und Brüssel wurde über allgemeine Prinzipien gesprochen. Die detaillierte Vorbereitung der Konferenz wird entweder von Spezialkommissionen oder auf gewöhnlichem diplomatischen Wege erfolgen. 3. Den Augenblick des Pfänderaustausches wird die

sie haben unmittelbar nach den Beratungen von Chequers an den deutschen Reichskanzler eine Note gefendet, in der sie die Hoffnung zum Ausdruck bringen, die deutsche Regierung werde auf die Note der Volschaftskonferenz betreffend die Militärkontrolle eine der Situation und den vertraglich festgesetzten Verpflichtungen entsprechende Antwort erteilen. Diese Note muß Deutschland bis zum 30. Juni annehmen oder ablehnen. Eine Ablehnung bedeutet die Verlängerung der Ruhrbesetzung, die Verhinderung der Amnestie im besetzten Gebiete, die Verlängerung der Ricumverträge, der Eisenbahnregie, der inneren Zolllinie. Es steht Großes bevor, es stehen lebenswichtige Interessen Deutschlands und seiner Bevölkerung auf dem Spiele.

Es liegt nun an Deutschland, ob es die Klugheit und Vernunft zum Leitstern seiner Politik zu erwählen gedenkt, oder ob es unter dem Druck der nationalistischen Friedensstörer die freundschaftlich dargebotene Hand zurückweisen will. Die deutschnationalen Kreise stehen den Bemühungen der Regierungen Englands und Frankreichs feindselig gegenüber, weil sie fühlen, daß der Sieg dieser Politik dem deutschen Nationalismus den Boden abgraben würde. Sie fordern noch immer die Ablehnung des Sachverständigengutachtens und die Ablehnung der interalliierten Note über die Militärkontrolle. Wie nach stets, so arbeiten hier die Nationalisten auf beiden Seiten sich gegenseitig in die Hände und liefern einander die Argumente. Die deutsche Regierung wird gut

heute Antwort der Reichsregierung.

Berlin, 25. Juni. (Eigenbericht.) Für morgen wird die Antwort der Reichsregierung auf die neue Note über die Militärkontrolle, die von der französischen und englischen Regierung überreicht worden ist, erwartet. In Berliner politischen Kreisen ist man allgemein der Ueberzeugung, daß die Reichsregierung angelegentlich des Tones der letzten, von Macdonald und Herriot überreichten Note zur Annahme dieser letzten Militärkontrolle bereit sein wird.

Reparationskommission zu bestimmen haben.

Die Räumung des Ruhrgebietes würde in 2 Etappen vor sich gehen. Sie wird zunächst unsicher und dann aufgehoben werden, sobald ein großer Teil der zu leistenden Obligationen auf dem Weltmarkt untergebracht sein wird. 5. Theunis beharrt auf seinem System der sogenannten Sanktionsgarantie, d. h. der Kontrollor würde im Bedarfsfalle die Verwaltung selbst übernehmen. Die Kontrolle verwandelt sich automatisch in eine Sanktion. Für England sei diese Form annehmbar. 6. Amerika soll namentlich an der Gesellschaft für die deutschen Reichsbahnen interessiert werden. Die Frage der Kontrolle der Hauptlinien des Rhein- und Ruhrgebietes wird von Fachleuten geprüft werden. 7. Es besteht die Uebereinstimmung, daß die Ricumverträge am 1. Juli verlängert werden sollen und zwar bis zur Durchführung eines Expertenplanes. 8. Die Entlastung Deutschlands wird von alliierten Kontrollkommissionen überwacht. Erst nach erfolgter Konstatierung der Abrüstung kann an einem Mechanismus unter der Regide des Völkerbundes gedacht werden. 9. Das überaus wichtige Sicherheitsproblem wird in einer späteren Alliiertenkonferenz behandelt werden. 10. Nach belgischer Auffassung wäre es gefährlich, die Frage der interalliierten Schulden hinauszuschieben, vielmehr wäre die Regelung dieser Frage gleich nach Ausfertigung des Dawesplanes wünschenswert.

Den Worten folgen Taten.

Berlin, 25. Juni. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Frankfurt a. M.: Die interalliierte Rheinlands-Kommission hat die Ausweisung des Regierungspräsidenten der Pfalz, Matthes, zurückgenommen. Matthes wird seinen Regierungssitz von Heidelberg nach Speyer verlegen.

daran tun, dem nationalistischen Rummel der „Deutschen Tage“ und Denkmalweihen, unter welchen Namen das Hakenkreuzlerium seine Manöverübungen verbirgt, ein Ende zu bereiten und dem wüsten Nachgeschrei der Nationalisten, das die militärischen und nationalistischen Kräfte im Ausland stärkt, entgegenzutreten. Der Augenblick ist von größter Bedeutung, es wäre verhängnisvoll, wenn ihn Deutschland, beeinflusst von den nationalistischen Ba banque-Politikern und Schreihälsen, veräußen würde. In England wie in Frankreich hat der demokratische Sinn der Bevölkerungsmassen die Bildung von Regierungen endlich ermöglicht, die den Willen und Mut zur Herbeiführung des Friedens aufbringen. Nun muß es auch in Deutschland gelingen, die nationalistischen und reaktionären Treibereien zu bändigen, so daß sich die Demokratie entfalten kann. Die britische und französische Regierung macht die stärksten Bemühungen, Deutschland die Wege zu ebnen, nur muß dieses verhindern, daß Ausbrüche militärisch-nationalistischer Leidenschaften die geordneten Wege verschütten. Gegenüber dem Geschrei der Reaktion und der sie unterstützenden Kommunisten muß die Regierung festbleiben. Das deutsche Volk muß sich davor hüten, sich von den Friedensstörern von rechts und links aufs neue ins Unglück stoßen zu lassen. Im Westen zeigt sich ein Lichtschein, es will Frieden werden. Wohl ein Frieden der harten Opfer, aber doch der einzige Weg, der aus der Trübnis dieser Zeit herausführt!

Des Dramas zweiter Teil.

Triest, 22. Juni.

Was unter dem unmittelbaren Eindruck der noch der Ermordung des Genossen Matteotti von Mussolini getroffenen Regierungsmaßnahmen voranzusehen war, hat sich inzwischen bestätigt. „Il Duce“ scheint entschlossen, durchzugreifen. Fälschlicherweise sonder Zahl sind schon gefolgt. Der Verhaftung des Dumini ist jene Filippelli gefolgt, des ehemaligen Direktors des „Corriere d'Italia“, der als echter Feigling nach Verleumdung der Mitwirkung an der Tat unter falschem Namen Rom verließ, stiefbrüchlich verfolgt, in Biadene im Schmelz geübt und schließlich von einer Polizeiflotte im Golf von Genoa verhaftet wurde. Auch der famose Cesare Rossa ist hinter Schloß und Riegel, obwohl man offiziell den gegen ihn erteilten Steckbrief dementierte. Mit dem Dementi konnte der „Corriere della Sera“ gleichzeitig mitteilen, daß bei der Quästure von Turin der Auftrag zur Verhaftung Rossas eingelaufen sei. Filippellis Spießgeselle Baldi ist in Bologna verhaftet worden, eine ganze Anzahl weniger prominenter Mitarbeiter des Fascho in allen Teilen des Landes. Man schreibt von mehr als 100 Verhaftungen, die bereits erfolgt seien.

Doch nicht nur Verhaftungen werden vorgenommen. Mussolini nützt die Gelegenheit, um im Staat und in der Partei in diktatorischer Weise Ordnung zu schaffen. Der Quästor, also der Polizeipräsident von Rom, Vertini, ist seines Amtes enthoben worden; dem Chef der Staatspolizei, General de Bono, wurde der bisherige Präsident von Triest, „Substitut“ was man sicher nicht als Vertrauensvotum auffassen kann und de Bono scheint auch in Form der Demission die Konsequenzen ziehen zu wollen. Daß man es mit der Substitutionierung ernst nimmt und den neuen Mann dauernd auf dem neuen Posten belassen will, dafür spricht der Umstand, daß bereits ein neuer Präsident für Triest ernannt wurde. Sechs Minister haben Mussolini ihre Portfeuille zum

Verfügung gestellt, von dem Anerkennen der Demission wurde bisher kein Gebrauch gemacht, doch hat Mussolini eine sehr bedeutungsvolle Aenderung in seinem Ministerium getroffen. Er, der bisher Ministerpräsident, Innen- und Außenminister zugleich war, hat das verantwortungsvolle Innenministerium dem bisherigen Kolonialminister Federzoni übergeben und wird selbst provisorisch das Kolonialministerium leiten. Mussolini baut so in kluger Weise seine eigene Macht auf. Die Wahlen sind ja vorüber, und es ist eine schöne Geste, wenn jetzt die Verantwortung für den inneren Dienst einer geachteten Persönlichkeit übertragen wird. Die Betrauung Federzoni wird in der oppositionellen Presse allgemein begrüßt und er selbst hat beim Amtsantritt alles getan, dieses Vertrauen zu stärken. In einem Zirkular an die Präfekten hat er vor allem streng zur Achtung vor den Befehlen ermahnt, die gegenüber jedermann, ohne Unterschied der Person, erzwungen werden muß. Es findet sich in dem Zirkular auch eine sehr bemerkenswerte Wendung, daß es Zeit sei, ein System der Ordnung zu schaffen. Nicht mit Unrecht erwidert die oppositionelle Presse darauf, daß dieses System von Rom aus, von der Regierung geschaffen werden müsse. Der neue Innenminister wird da vielleicht über Arbeitsmangel nicht zu klagen haben.

Aber auch in der Leitung der Partei hat Mussolini aufgeräumt. Von dem Biermannerkollegium, dem Quästorat, das unter Mussolinis Oberhoheit die Partei leitete, ist Rossi zurückgetreten. Um auch einen zweiten Mann, Marinelli, schmerzlos entfernen zu können, hat Mussolini ein neues Direktorium mit klingenden Namen gebildet, das aus 11 Personen besteht und die „größte Verantwortlichkeit“ sichern soll.

Revolution nach innen und außen ist kontinuität Zeichen der Stunde. Der Faschismus fühlt sich staatsferal und er streift die Straßher, die Ignoranten, die Emporkömmlinge, ab. Sie waren gut als Mittel zum Zweck der Erreichung der faschistischen Herrschaft. Man wird vielleicht auch späterhin ihre ehrenwerte Mißbisse in Anspruch nehmen, doch immer wohl so, daß man sie nicht

unter den Finten zu grüßen braucht. Der Faschismus ist eine salonsfähige Mehrheit geworden und sein Inspirator, Benito Mussolini, müht sich mit anerkennenswerthem Fleiß, die revolutionären Gierigkeiten, die etwas plebejischer Art sind, abzustreifen. Man erzählt von dem verhafteten Dumini, daß er seinerzeit den Brand einiger Volkshäuser inszeniert habe, weiß allerdings korumpierende Geschichten über diese oder jene unter den abgesetzten Größen. Mit sichtbarer Absicht wird das jetzt alles erzählt und auch nie verhehrt, auf den Zweck der Absicht hinzuweisen: Der Faschismus will keine bloße Partei sein, sondern schlechthin die Partei aller anständigen Italiener. Aus dem Mord an Matteotti und seiner rückstehenden Verfolgung soll nun das wahre Heil erwachsen: die Einigung des italienischen Volkes, keine Vorrechte der herrschenden Partei, daher auch kein Parteien- und kein Klassenkampf. Die bürgerliche Opposition reizt dieser Gedanke mächtig und ihr verletztes Gefühl des Anstandes, durch die ungezählten ungeführten Gewalttaten des Faschismus bewirkt, empfindet es als Balsam, daß man um einen ermordeten sozialistischen Abgeordneten nunmehr ein solches Geschrei erhebt. Die ganzseitigen Titel, die den Verlauf der Tragödie hinausführen, verschwinden nicht — übrigens ist trotz aller gegenteiligen Meldungen der Leichnam Matteottis, ohne den man die Anklage auf Mord nicht erheben kann, immer noch nicht gefunden — und dazwischen finden sich schon Titel wie „Vertrauen zu Mussolini“. Der große politische Fischzug scheint also bei der bürgerlichen Opposition gelingen zu wollen. Noch ist die Front der Oppositionsparteien mit Ausnahme der Giolittianer unerschüttert, noch lehnen es alle ab, an den weiteren parlamentarischen Arbeiten teilzunehmen, solange die Tat ungeführt ist. Doch wird sie geführt — und Mussolini wird dafür zu sorgen wissen — dann hat er nicht der faschistischen Partei schlechthin, doch der faschistischen Regierungspartei den größten Dienst erwiesen. Dann wird eine Welle der bürgerlichen Einigkeit durch das Land fegen und abwärts stehen werden wieder die Sozialisten, die Proletarier. Es spricht für das politische Genie

Mussolinis, daß er die Konjunktur bei der Ermordung eines sozialistischen Gegners so gut zu nützen verstand, daß die objektivste Verfolgung der Täter und aller direkten und indirekten Hintermänner zu einer Isolierung eben der Partei führt, der der Ermordete angehörte.

Einzelne der faschistischen Blätter merken die Gefahr, die der revolutionären Partei des Faschismus droht. Der „Popolo d'Italia“, der stolz in seinem Subtitle die Aufschrift trägt „Von Benito Mussolini gegründet“ und die „Ida Nazionale“ haben einen Notschrei erteilt, daß es Zeit sei, zu reden. Daß alle wahren Faschisten den Mord verurteilen, daß man aber nicht in eine Ära der Verfolgung der faschistischen Partei kommen dürfe. Und schon gar nicht auf Geheiß der sozialistischen Partei, deren österreichische Anhänger für das Attentat gegen Seipel verantwortlich seien. So absurd der Gedanke klingen mag, daß eine faschistische Regierung die faschistische Partei verfolgen könnte, so recht haben die beiden Hauptorgane der Partei. „Der Faschismus ist tot, es lebe der Faschismus!“ Das ist ungefähr die Devise der Regeneration, die jetzt Mussolini, sicherlich gegen den Willen dritter Kreise der eigenen Anhänger an der von ihm geschaffenen Bewegung vollzieht. Er weiß es am besten, daß er sich dauernd auf Abenteuer nicht stützen kann und bitter hat er die Abgrenzung der anständigen Kreise des Bürgertums empfunden. Nun wendet er die quantitative Gewaltge. qualitativ desto ärmere Bewegung in andere Bahnen. Die Abenteuerer wittern die Gefahr und wehren sich dagegen, doch selbst hier dürfte es der Diktator sein, der ihrer Furcht in den offiziellen Parteiblättern Ausdruck verleiht, sie so innerlich immer noch an die Partei bindend. Kein Zweifel, daß Mussolini seinem heiß ersehnten Wunsch nach der großen nationalen Einheitspartei um ein gewaltig Stück näher gekommen ist. Der Sozialisten wird eine große Arbeit harren, das kunstvoll demagogische Getöse zu zerreißen, dem Proletariat die wahren Zusammenhänge des dramatischen Prozesses aufzuzeigen. J. B.

Bilder aus dem faschistischen Rom.

Zugleich führer ins bessere Jenseits (der Alpen und überhaupt)

<p>Die Wahl der Abgeordneten ist vollkommen unbefleckt —</p> <p>von antifaschistischen Wählern.</p>	<p>Sozialdemokratische Parteihäuser können sicher sein —</p> <p>daß sie demoliert werden.</p>	<p>Autofahrten billiger als überall —</p> <p>Sie koolen nur das Leben.</p>	<p>Keine politische Ausnützung von Mordtaten möglich —</p> <p>Die Mörder wurden rechtzeitig vor der Wut des Volkes in Sicherheit gebracht.</p>
<p>Die Redefreiheit ist unbeschränkt —</p> <p>Jeder darf reden, soviel er — kann!</p>	<p>Der König ist nicht mehr eine Puppe Mussolinis —</p> <p>Er ist ein Mann, wie alle Könige.</p>	<p>Schönster Ausflug zum Vicoos —</p> <p>Ausflügler verzichten selbst auf die Rückkehr ins Leben!</p>	<p>Die Einigkeit der Italienischen Nation ist auf dem Wege —</p> <p>Es muß nur noch der antifaschistische Bevölkerungsteil ausgerollt werden!</p>
<p>Die Reinheit der Gesinnung ist verbürgt —</p> <p>Wo sie noch fehlt, wird die innerliche Spinnung mit Filium vorgenommen!</p>	<p>Der Papst ist binnähe versöhnt —</p> <p>Dem erfüllt sich fast wieder wie im alten päpstlichen Rom der Sandstein und Bitter.</p>	<p>Edelste Galanterie gegen Frauen ziert den Römer —</p> <p>Der Gattin des Ermordeten drückt man sogar das Beileid aus.</p>	<p>Was einzig noch fehlt zum Siege der faschistischen Gerechtigkeit —</p> <p>Ein Münchner Volksgericht, ein Budapester Justizsepat und</p>

Mussolini,

ber bekanntlich die Unschuld selbst ist, glaubt allerdings, die Welt über die wahren Verhältnisse in Italien durch folgende Feststellungen hinwegzutäuschen, die er in seiner Senatstede gemacht hat. Mussolini führte da am Dienstag u. a. weiter aus:

Nach Erlangung der Volksabstimmung, haben sich die Notwendigkeiten der inneren Politik in meinem Geiste noch klarer gezeigt, präzisiert auf folgenden Grundzügen:

- 1) das Institut des Parlamentarismus als Organ der gesetzgebenden Gewalt zum regelmäßigen und edien funktionieren zu bringen, indem ihm seine Fähigkeit und sein Einfluß (?) wiedergegeben werden;
- 2) vom verfassungsrechtlichen

Standpunkt die Stellung der freiwilligen Miliz zu regeln;

3) die innerhalb der Partei noch bestehenden Befehlsverhältnisse zu unterdrücken;

4) zum Wiederaufbau aller lebendigen Kräfte der Nation aufzurufen, d. h. alle Elemente jeden Ursprunges, die das Vaterland nicht betraten. (?)

Alle meine politischen Standgebungen seit dem 6. April zielen unmittelbar auf die definitive Konzentration und innere Versöhnung des Volkes hin. (Der Mussolini ist eben ein Proletar!) Ich habe mich immer bestrebt, über den Parteien zu stehen und mich direkt an das Volk zu wenden. (Mit Risorgimento vielleicht!) Meine Pflichten als Chef der Regierung wurden besonders erschwert durch meine Stellung als Führer der Partei. Diese Ergebnisse meiner Politik sind nicht vernichtet (!?) durch die tragische Episode Matteotti, höchstens vielleicht auf eine Weile unterbrochen. Mein Nachfolger als

Minister des Inneren gibt die Bürgschaft dafür, daß man auf diesen Linien weitergehen wird (also: neue Wahlen!). Die politische Lage ist heute ungewöhnlich delikat. Die kommunistischen Elemente im oppositionellen Block versuchten natürlich die tragischen Episoden zur Aufregung der Massen, zur Hervorrufung des Generalstreikes und zur Errichtung der Arbeiter- und Bauerndiktatur auszunützen. Das Volk ist — mit Ausnahme einiger Orte, und das nur auf einige Stunden, auf ihre Verführungen nicht eingegangen.

Der Redner wendet sich sodann gegen das Verhalten der verschiedenen Oppositionsparteien, die durch ihre unumgänglichen (?) Forderungen einem Art Staatssturz mit dem Ziele, die Ergebnisse der letzten Wahlen aufzuheben, beabsichtigen. Mussolini antwortet auf die Forderungen der Opposition voreerst, daß die Regierung auf ihrem Platze bleiben muß, was die Möglichkeit ihrer inneren Modifikationen mit dem Ziele, den inneren nationalen Frieden zu ermöglichen, nicht

ausschließt. Was die Miliz betrifft, sagt der Redner, kann man nicht an ihre Auflösung denken, weil sie fest organisiert und diszipliniert ist, sowie ein wichtiges Element für die allgemeine militärische Organisation des Landes sein wird (— wenn Arbeiterbetriebe gestürzt werden!). Mussolini wendet sich gegen die Stimmen, die für einige Monate das Leben des Volkes beunruhigen würden. Die Behauptung, daß der Faschismus mit seinen 8000 über ganz Italien verbreiteten Verbänden durch diesen letzten Sturm toteschlagen wurde, ist eine reine Mystifikation der öffentlichen Meinung Italiens und des Auslandes. Der Faschismus hat bloß einen Schlag erhalten (das stimmt), der ihm nicht und noch dadurch nützen wird, daß er sich aller unwürdigen Elemente entledigt. (Die faschistische Partei müßte sich ja demnach auflösen!) Die zwei Manifestationen in Bologna zeigen auf die politische moralische Spannung hin, welche ihren Höhepunkt in Norditalien erreichte.

wo der Faschismus vorherrschte. (?) Mussolini hob hervor, daß der Senat sich heute an der Spitze der italienischen Politik befindet, nicht nur deswegen, weil er nach dem Drama zuerst zusammentrat, sondern auch deswegen, weil in ihm die heftigen Leidenschaften durch den Verstand und Erfahrung gezügelt werden. Was im Senat entschieden wird, wird bei Millionen, dem Vaterland ergebener Bürger, die nicht Parteipolitik betreiben, sondern ruhig dem Vaterlande dienen, großen Widerhall finden. Jetzt handelt es sich darum, daß in die heutige Situation, welche vollkommen kaltes Blut erfordert, keine neuen schädlichen Elemente hineingetragen werden, sondern alles aufgewendet werden müsse, was die Situation vereinfachen kann. Aus dieser Voraussetzung kann die von ihrer Weisheit diktierte Lösung ausgehen, die gegen die Eifersucht des Auslandes den Ausdruck der Einheit aller Italiener, denen das Schicksal des Vaterlandes am Herzen liegt, ausstellen würde (— denn willst du nicht mein Bruder sein, so hau ich dir den Schädel ein!).

Bei der Sitzung der parlamentarischen Mehrheit hat dann Mussolini noch eine interessante Rede gehalten, in der er u. a. ausführte: Sehen wir, was die Opposition erwartet. Sie verlangt die Demission der Regierung. Sie wird diese Demission aber nicht erreichen. Wir werden zu einer umfassenden Kabinettsbildung streben und zwar in nächster Zeit. Die Opposition verlangt die Auflösung der Nationalmiliz. Dieses Begehren ist unnütz. Die Miliz wird militarisiert und in die Armee eingegliedert werden, und sie wird dem König den Eid leisten. Aufgelöst wird sie aber nicht. Die Opposition verlangt die Auflösung der Kammer, die auch nicht erfolgen wird. Die Säuberung der faschistischen Partei wird rasch und mit großer Umsicht durchgeführt werden.

Unser Programm ist in kurzen Worten folgendes: Umbildung des Ministeriums, Reorganisation und Normalisierung der Miliz, Säuberung der faschistischen Partei und Wiederherstellung der Funktion des Parlaments. Das Problem, das wir uns stellen müssen, ist: Was werden die Oppositionsgruppen tun? Werden sie wieder in die Kammer kommen? Am Freitag werden die Oppositionsgruppen zusammentreten, um ihre Beschlüsse zu fassen. Wenn die Rückkehr ins Parlament beschloffen wird, ist es gut. Beschließen aber die Oppositionsgruppen, dem Parlament fern zu bleiben und verlangen sie meine Abdankung, so werden wir sehen, was zu tun ist. Wenn die Oppositionsgruppen nicht ins Parlament zurückkehren, so heißt das, daß sie die große Verantwortlichkeit übernehmen wollen, uns zu zwingen, ohne sie weiter zu arbeiten, was bisher auch der Fall war.

Zür den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

London, 25. Juni. Zur Begrüßung des aus Genf von der Tagung des Völkerbundes zurückgekehrten Lord Parmoor veranstaltete die Völkerbundliga ein Frühstück. Bei diesem sagte Lord Parmoor, er zögere nicht, zu erklären, daß es sowohl vom Standpunkte der Stärkung des Völkerbundes, wie auch im Interesse des deutschen Volkes von größter Wichtigkeit wäre, daß die deutsche Republik so früh wie möglich Mitglied des Bundes würde. Die Mitglieder des Völkerbundes hätten einmütig erklärt, daß sie einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund befürworten würden, sobald die Verhandlungen über die Ausführung des Sachverständigengutachtens zu einem befriedigenden Abschluß gelangt seien. Er sei der Ansicht, daß, wenn Deutschland zum Völkerbunde zugelassen sei, keine Schwierigkeiten mehr bestehen, daß es dann dauernd Mitglied des Völkerbundes werde. Lord Parmoor erklärte weiter, daß die Kontrolle über die Entwaflnung Deutschlands aus den Händen der internationalen Militärkontrollkommission auf den Völkerbund übergehen soll, damit diese Angelegenheit unter völlig unparteiischen Bedingungen untersucht werden könnte.

Amerika und die Londoner Konferenz.

London, 25. Juni. Neuter berichtet aus Washington, Präsident Coolidge habe erklärt, seiner Ansicht nach müsse anerkannt werden, daß Amerika gewisse Interessen in Europa habe, denen jedoch nicht durch aktive Beteiligung an der Londoner Konferenz gedient werden würde. Er erwartet, daß Amerika informell vertreten sein werde, sehe jedoch keine Möglichkeit, daß General Dawes oder Staatssekretär Hughes als amerikanischer Delegierte teilnehmen würden. Eine Einladung zur Beteiligung an der Konferenz habe die amerikanische Regierung bisher nicht erhalten. Blättermeldungen aus Washington besagen, daß Vertreter des Staatsdepartements die Bereitschaft der amerikanischen Regierung zum Ausdruck gebracht haben, auf der im Juli in London stattfindenden Konferenz der Alliierten vertreten zu sein. Da sich die Konferenz jedoch hauptsächlich mit der Reparationsfrage befassen werde, so nehme man allgemein an, daß die Vereinigten Staaten ihre Aktion auf die Ernennung eines Beobachters beschränken werden.

Die Großzügigkeit kommunistischer Schwindelpolitik

Die Kommunisten Deutschlands spielen sich bekanntlich als die leidenschaftlichen Gegner der sogenannten Erfüllungspolitik auf und bekämpfen jetzt neuerdings wiederum in der gehässigsten Art alle Versuche der englischen Arbeiter- und der französischen Linkregierung, zusammen mit den wirklich demokratischen Elementen in Deutschland zu einer aufrichtigen Verständigung in der Reparationsfrage zu kommen. Die Ministerarbeit der deutschen Kommunisten, die auch in dieser Frage zunächst den Focke verfolgt, die reale Politik der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei als „Verrat“ zu „entlarven“, wird selbstverständlich auch vom Reichsberger „Vorwärts“ betrieben, der in seiner gestrigen Nummer das Übereinkommen zwischen Herriot und Macdonald als „einen moralischen Pakt der englischen und französischen Geldsäcke“ disqualifiziert, die beiden vertragsführenden Staatsmänner „Vertreter des französischen und des englischen Kapitals“ nennt und davon spricht, daß der genannte Pakt nichts anderes darstelle, „als einen neuen Versuch der zweiten Internationale, den wankenden europäischen Kapitalismus zu retten“. Der „Vorwärts“ betont in diesem Artikel wiederum den kommunistischen Standpunkt, daß das Dawesgutachten sowie überhaupt jede Politik der Erfüllung des Versailler Vertrages abgelehnt werden müsse.

Es ist notwendig, hier wieder einmal die Zweipoligkeit, den Unernst und die vollkommene Grundlosigkeit der kommunistischen Politik zu betonen. Zu diesem Zweck sei der heutige Standpunkt der Kommunisten und des „Vorwärts“ zur Erfüllungspolitik, durch die die zweite Internationale „die gewaltigen Risse am steifen Körper des europäischen Kapitalismus mit dem Schweife und dem Blute der Arbeiter zu verkleistern“ sucht, verglichen mit den Ansichten Lenins in derselben Frage, geäußert in einem Aufsatz seines Buches „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ aus dem Jahre 1920. Darin heißt es unter anderem:

„Endlich ist einer der unzweifelhaften Fehler der „Radikalen“ in Deutschland ihr hartnäckiges Bestehen auf der Nichtanerkennung des Versailler Friedens. Je „soldat“ und „dichtiger“, je „entschlossener“ und „unabhängiger“ diese Ansicht formuliert wird, z. B. von R. Hornet, desto weniger klug wirkt sie. Es genügt nicht, sich von den himmelschreienden Absurditäten des „nationalen Bolschewismus“ (Lautensberg u. a.) loszusagen, der bis zum Bloß der deutschen Bourgeoisie zum Kampfe gegen die Entente geht, unter den gegenwärtigen Verhältnissen der internationalen proletarischen Revolution. Man muß verstehen, daß die Taktik von Grund auf falsch ist, die nicht für Sowjetdeutschland (wenn auch bald eine deutsche Sowjetrepublik entstehen würde) die Verpflichtung, für eine gewisse Zeit den Versailler Frieden anzuerkennen und sich ihm zu fügen, zugeht.“

Während also Lenin hier „lehrt“, daß sogar ein Sowjetdeutschland für eine gewisse Zeit dem Versailler Frieden sich fügen mußte, nennen seine Schüler die Sozialdemokraten, die dieselbe Meinung ins Praktische umsetzen, „Verräter“. — An einer anderen Stelle desselben Aufsatzes sagt Lenin ebenfalls im Hinblick auf die Möglichkeit eines kommunistischen Deutschlands,

„... daß die Kommunisten Deutschlands sich nicht binden und die unbedingte Ablehnung des Versailler Friedens im Falle des Sieges des Kommunismus versprechen müssen. Das wäre dumme.“

Und zum Schluß dieses Aufsatzes schreibt Lenin:

„Die Imperialisten Englands, Frankreichs usw. propagieren die deutschen Kommunisten, stellen ihnen eine Falle: „Sagt, daß ihr den Versailler Frieden nicht unterschreiben werdet.“ Und die linken Kommunisten gehen wie Kinder in diese aufgestellte Falle, anstatt geschickt gegen den hinterlistigen und im gegebenen Augenblick stärkeren Feind zu manövrieren, anstatt ihm zu sagen: „Jetzt werden wir den Versailler Frieden unterschreiben.“ Sich im voraus binden, dem Feinde, der gegenwärtig besser bewaffnet ist als wir, offen sagen, ob und wann wir mit ihm kämpfen werden, ist eine Dummheit und nicht revolutionärer Geist. Den Kampf annehmen, wenn dies wesentlich für den Feind und nicht für uns vorteilhaft ist, das ist ein Verbrechen und solche Politiker der revolutionären Klasse taugen nichts, die nicht zu „laviieren, patzieren“ und „Kompromisse eingehen verstehen“, um einer wesentlich unvorteilhaften Schlacht auszuweichen.“

Diese letzte Stelle zeigt am deutlichsten, wie es Lenin mit der Erfüllung oder Ablehnung des Versailler Friedens hält: Er lehrt seine Anhänger, sich bald für, bald gegen die Erfüllungspolitik einzusetzen, so wie es eben den augenblicklichen Bedürfnissen der kommunistischen Partei — nicht etwa der Arbeiterschaft! — entspricht. Und diese Politik des Schwindels, des verlogenen Opportunismus befolgen denn auch die Kommunisten getreulich die ihnen von Lenin zur Verfügung gestellten Gebrauchsanweisungen und beschimpfen und verleumden die Sozialdemokraten, die aus der richtigen Erkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Lage der deutschen Arbeitererschaft wie des internationalen Proletariats überhaupt, die heute notwendige Politik der Erfüllung betreiben.

Vorberichts.

Die vorletzte Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Prag, 25. Juni. Obwohl die Verhandlungen in der Koalition noch fortdauern, so weiß man doch schon, daß die Getreidezölle vorläufig in der Ordnungsweg festgelegt werden dürfen. Die „Pösta“ wird auch nach Parlamentsschluß beisammen bleiben, um zu versuchen, die strittigen Punkte aus der Welt zu schaffen und um auch die Vorbereitungen für die kommende Session zu treffen.

Das Abgeordnetenhaus wird im kurzen Rest des gegenwärtigen Sessionabschnittes außer den bisher genannten Gesetzen noch die Vorlage über die evangelische Fakultät in Preßburg mit slowakischer, deutscher und magyarischer Unterrichtssprache erörtern.

Der innere Verfassungsprozeß, der das Kennzeichen aller Koalitionsparteien ist, hat nun mit aller Schärfe auch auf die tschechisch-kerale Volkspartei übergegriffen. Der Abgeordnete Myslivec fühlt sich schon lange in der kerale Volkspartei gegenüber einigen neuen Männern zurückgesetzt und benützt daher jede Gelegenheit, um gegen Minister Kramel, den er auch als zu fortschrittlich bezeichnet, vorzugehen. Der Austritt des Abgeordneten

Raderla,

dem eine große Gruppe von kerale Häusern gefolgt ist, aus der kerale Volkspartei, hat dem Abgeordneten Myslivec Veranlassung gegeben, gegen die Parteileitung den Vorwurf der Korruption zu erheben. Abgeordneter Myslivec behauptet im „Och“, daß die Parteileitung schon seit zwei Jahren davon weiß, daß der Abgeordnete Raderla vom Münchengraber Großgrundbesitz eine Bezeichnung von 150.000 Kronen angenommen habe, und zwar als Provision für eine Abstimmung im Bodenamt. Die kerale Parteileitung droht hierfür dem Abgeordneten Myslivec mit der Klage. Es kam also die Situation entstehen, daß es zu einem politischen Ehrenbeleidigungsprozeß zwischen Mitgliedern ein und desselben Abgeordnetenklubs kommt. Im Klub der tschechisch-kerale Volkspartei sollen übrigens ähnliche Verhältnisse herrschen, ein Teil der Abgeordneten bildet dort einen Klub im Klub. Die Sitzungen des tschechisch-kerale Abgeordnetenklubs sollen sogar, wie ein tschechisches Wochenblatt meldet, mit den Streitereien und wüsten Ohrfeigenszenen ausgefüllt sein. Um diesem Zustand ein Ende zu machen, hat nun Minister Kramel einen Beschluß des Klubs durchgesetzt, in dem „die Tätigkeit (Myslivecs) aufs schärfste verurteilt“ wird und „weitere Schritte in Aussicht gestellt werden.“ Was wohl heißen soll, daß Myslivec seine Opposition ausübt oder daß er aus der Volkspartei ausgeschlossen wird. Die tschechisch-kerale Schafflein können sich also ein schönes Bild von ihren Führern machen.

In eingehender Aussprache beriet das Präsidium des Abgeordnetenhauses

über den restlichen Arbeitsplan der Sommer-tagung, die nach den Absichten der regierenden Mehrheitspartei in dieser Woche ihren Abschluß finden, und, falls nicht eine Unterbrechung durch eine kurze Justiztagung notwendig werden sollte, im September wieder aufgenommen werden soll. Mit Rücksicht auf die großen Adaptierungsarbeiten im Rudolfsim, die voraussichtlich mehrere Monate in Anspruch nehmen dürften, würde für den Fall einer vorzeitigen Einberufung des Hauses die Tagung in den Senatsräumlichkeiten abgehalten werden, worüber bereits ein Einvernehmen mit dem Senatspräsidenten erzielt wurde. Nach den Absichten der Regierung soll das Haus nur noch die Adoptions- und die Fideikommiss-Vorlage, möglicherweise auch die Vorlage über die Preßburger theologische Fakultät und die schwebenden Immunitäten erörtern. Gegen diese Absicht wandte sich Vizepräsident Genosse Dr. Czech, der ins Treffen führte, daß das Parlament verpflichtet sei, noch vor Eintritt der Ferien die von der Regierung wiederholt angeforderten, längst fälligen und infolge des Poststandes der Pensionisten unaufschieblichen Vorlagen zu verabschieden und beantragte, in diesem Sinne bei der Regierung vorzutreten zu werden. Diesem Antrage schloß sich Vizepräsident Bůřival an, der erklärte, daß auch noch die Verabschiedung der Vorlage betreffend die Ortszulagen dringend notwendig sei. Hierüber entspann sich eine längere Erörterung, welche sich vor allem um die Frage drehte, ob ein derartiges initiativisches Vorgehen des Präsidiums als politischer Schritt in den Wirkungsbereich des Präsidiums falle oder ob es sich das Präsidium lediglich auf parlamentarisch-technische und administrative Aufgaben zu beschränken habe. Beschlossen wurde schließlich, den Präsidenten zu ersuchen, daß er der Regierung den seinerzeitigen einstimmigen Beschluß des Abgeordnetenhauses zur Frage der Pensionierung und der Ortszulagen in Erinnerung bringe, sich bei der Regierung über die diesbezüglichen Absichten informiere, ob sie bereit sei, den von einzelnen Mitgliedern des Präsidiums geäußerten Wünschen zu entsprechen, wobei der Regierung zur Kenntnis zu bringen sein wird, daß ein Mitglied des Präsidiums die Verabschiedung dieser Vorlagen noch in dieser Woche verlangt habe, während die anderen Mitglieder des Präsidiums der Meinung Ausdruck gaben, daß die Einbringung und Erledigung der Vorlagen spätestens in der Justiztagung zu erfolgen hätte. Das Präsidium beschloß ferner, daß

auf die Tagesordnung der ersten nach Ablauf der Ferien einzuberufenden Sitzung die Sozialversicherung als erster Punkt

gesetzt werde und für den Fall, als ein Bericht noch nicht vorliegen sollte, die unentgeltlichen Gegenstände der morgigen Tagesordnung anberaumt werden sollen. Schließlich wurden in der Präsidialsitung mehrere bautechnische Angelegenheiten, darunter der Umbau der Präsidentsresidenz, sowie die Adaptierungen im Klub- und Sitzungshaus verhandelt.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über das

Beamtenbestehungs-gesetz

fortgeführt. Die erste Rednerin Genoffin Kirpal führte aus:

Das in Beratung stehende Gesetz erwies sich in seiner ersten von der Regierung eingebrachten Vorlage als unannehmbar und wurde vom Ausschusse verbessert. Trotz dieser Verbesserung aber entspricht es nicht vollkommen. Die Korruption wird durch dieses Gesetz nicht aus der Welt geschafft, was nur dann möglich wäre, wenn für alle Lieferungen eine Kontrolle eingeführt würde, die über alles zu wachen hätte. Noch besser wäre es allerdings, wenn die Beamtschaft eine gute Bezahlung für ihre Dienste erhielt. Gerade der letzte Prozeß in der Benzinaffäre hat klar und deutlich gezeigt, daß sich die Beamtschaft deshalb leichter zur Korruption verleiten läßt, weil ihre Bezahlung eine ganz minimale ist. Keine falls würde der Staat durch eine bessere Besoldung seiner Angestellten einschlechtestes Geschäft machen. Die Not der Beamtenstandes hat die Flucht aus dem Staatsamt zur Folge und zwingt die Beamten, sich nach Nebenberufen umzusehen. Unser Staat wird daher nicht eher ruhen, bis eine bessere Bezahlung der Staatsbeamtschaft gewährleistet wird. Ein Kapitel für sich ist die Pensionistenfrage und wir müssen entschieden Protest gegen das Vorgehen der Regierung in dieser Frage erheben und verlangen namentlich auf das energischste die Gleichstellung der Akt- und Reapensionisten.

Was für eine Art von Beamtenpolitik in diesem Staate getrieben wird, dafür sind die in jüngster Zeit ausgetauchten Meldungen über die geplante

Einführung des Zölibates für weibliche Staatsangestellte

der sprechendste Beweis. Wenn die offiziöse „Prager Presse“ am 1. Juni schrieb, diese Nachricht „sei den Tatsachen vorans“, so kann uns dieser Dementi-Ersatz keineswegs beruhigen, denn wir wissen aus bitterer Erfahrung, daß die Tatsachen immer nachkommen, wenn uns ein neues Stück Reaktion angehängelt wird. In der Tat bringt bereits am 17. Juni das Legionärorgan „Narodni osvobodeni“ des Wortlaut eines ganzen Gesetzentwurfes, den eine interministerielle Kommission ausgearbeitet hat. Die Verwirklichung dieses Entwurfes würde uns hinter den Zustand des alten Oesterreich zurückwerfen. Wer erinnert sich nicht der Aufhebung des Abg. Kramel, der in einer Sitzung der Ersparungskommission sagte: „Der Staat hat zu viele Beamte, es muß gespart werden.“ Er kündigte bei dieser Gelegenheit einen Beamtenabbau an. Nun soll sich dieser geplante Beamtenabbau und das falsche Sparsystem auf Kosten der Frauen vollziehen. Man versucht nachzuweisen, daß die Frauen viel leuere aber auch gleichzeitig weniger wertvolle Kräfte sind, als die männlichen Beamten. Der Motivenbericht führt Statistiken aus der ersten Nachkriegszeit, ohne Angabe der Jahre an. Es ist gerade jene Zeit, da sich viele weibliche Angestellte nach Aufhebung des Zölibats verheirateten und naturgemäß um Mutterschaftsurlaub ansuchten. Der Paragraph 3 dieses Entwurfes befaßt sich mit dem Urlaub der weiblichen Staatsangestellten für die Zeit der Schwangerschaft und Mutterschaft im Ausmaße von 12 Wochen. Für diese Zeit erhalten die Frauen nur 60 Prozent ihrer Bezüge, ein darüber hinausgehender Urlaub wird nicht bezahlt. Statt daß der Staat für diese Zeit einen Zuschuß in Form einer Wochenhilfe gewährt, — denn die Staatsbeamtinnen unterliegen nicht dem Krankenversicherungsgesetz und erhalten daher kein Krankengeld, keine Muttersprämie, müssen Arzt und Hebamme selbst bezahlen — mindert er ihre Bezüge. Muß sich dann nicht jede Mutter zwingen, auch wenn sie krank oder noch erholungsbedürftig ist, ihren Posten nach Ablauf dieser Frist anzutreten? Wo bleibt die Fürsorge für Mutter und Kind? Diese rückwärtliche, sozialistische Maßnahme in ihrer Auswirkung bedeutet eine Herabwürdigung der Mutterschaft und kann niemals von der Regie gerechtfertigt werden. Ebenso kraft und reaktionär sind die §§ 8 und 10. Die Verheiratung einer Beamtin soll ohne weiteres den Dienstverzicht bedeuten, ja selbst das Dienstverhältnis der bereits Verheirateten kann aufgelöst werden, wenn das Eheleben, die Mutterschaft oder das Leben im gemeinsamen Haushalt die Dienstpflichten der Angestellten erheblich beeinträchtigt. Wollen die Staatsbeamtinnen ihre Stellen nicht verlieren, dann dürfen sie nicht heiraten, denn der Staat duldet bei ihnen keine legale oder illegale Ehe, ja er zahlt Prämien für das sultaneische Liebesleben. Doch der Hinweis auf die Prämien soll nicht so wehtun, auf die Wunde gehört ein Pfaster! Nach § 11 gebührt für die Zö-

sung des Dienstverhältnisses der Angestellten eine Abfindung, allerdings ausgenommen der Fall, daß die Angestellte nicht abichtlich ihre Dienstpflichten vernachlässigt hat. Diesen Paragraphen zu kommentieren, halte ich für überflüssig. Diese Zurücksetzung der Frau, diese Herabwürdigung der Mutterpflicht, ist ein neues trauriges Beispiel dafür, wie in diesem Staate der Geist der Verfassung, der Geist der Demokratie mißhandelt wird. Der erste Schritt zur Beseitigung der schwer erkämpften Gleichberechtigung der Frauen wird durch diesen Anschlag auf die Beamtinnen unternommen. Aber die Beamtinnen sind darüber, die berechtigten Empörung muß weit über den Kreis der Beamtinnen hinausgehen. Denn wenn einmal das Prinzip durchbrochen ist, welches politische Recht der Frau, welches Freiheitsrecht überhaupt ist dann noch vor der Reaktion sicher? Von dieser Stelle aus erheben wird den schärfsten Protest und erklären, daß die gesamte Frauenwelt von tiefem Mißtrauen gegen den Rechtszustand dieses Staates erfüllt sein muß. Unser schwer erkämpftes Recht werden wir mit jeder Kraft und Energie immer und immer verteidigen und glauben, daß der geplante Raub an der Gleichberechtigung der Frauen der deutschen und tschechischen Frauen in Abwehrstellung finden wird.

Trotzdem das vorliegende Gesetz nicht die Gewähr liefert, daß Bestechung und Korruption ihr Ende finden werden, wird der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten für das Gesetz stimmen. (Beifall.)

Es sprach noch der deutsche christlichsozialer Weg, Lufschla, worauf abgestimmt wurde. Die Vorlage wurde unverändert angenommen. Die Abänderungsanträge der Genossen Dr. Haas und Kirpal abgelehnt.

Sodann behandelte das Haus den Gesetzentwurf über die Auszahlung der Versorgungsrenten für die Lehrer der Volks- und Bürgerschulen und die Kinderpärterninnen in Karpathenland und eine zweite Vorlage, die dieselben Bestimmungen für die Slowakei trifft. Die Debatte hierüber wurde in einem abgelehnt. Es sprachen Schollich, Sagatko, Sturn.

Genossin Deutsch jagte, wenn die Notlage der Lehrer in der Slowakei noch ärger sei als in den historischen Ländern, so liegt das darin, daß die Mehrzahl der Schulen konfessionell sei. 280 staatlichen Schulen stehen 340 nicht öffentliche gegenüber. Wie verlangen nach wie vor eine freie, nicht konfessionelle Schulpflicht und werden für beide Gesetze stimmen, müssen aber betonen, daß diesen Gesetzen mancher Fehler anhaftet. Ein Grundfehler ist, daß diese Gesetze Ermächtigungsgesetze sind. Warum schafft die Regierung nicht endlich die Möglichkeit, daß der Landtag in Karpathenland tagen kann? Wir wenden uns aber auch gegen die Bestimmung, daß die Vorteile der Gesetze nur verlässlichen Staatsbürgern zugute kommen sollen und daß die Kinderzahl mit 5 beschränkt wird. Bei dieser Gelegenheit müssen wir aber auch klagen, daß der Schulkrieg noch immer nicht beendet ist, nur wendet er sich jetzt nicht so sehr gegen die Volksschulen, sondern gegen die Mittelschulen. Auf diese Weise dient man nicht dem Fortschritt. Und ist das übrigens das Echo zu den Worten, die wir aus Mähren hören? (Beifall.)

Es sprachen dann die Abgeordneten Kurlial und Bobok, worauf die Abstimmung erfolgte. Das Haus behandelte sodann noch das Gesetz über die Steuererleichterungen bei der Fusionierung von Erwerbseinkünften.

Präsident Masaryk.

hat gestern um 8 Uhr morgens Troppan verlassen. Vor dem Gebäude der Politischen Landesverwaltung verabschiedete sich vom Präsidenten die Troppaner Garnison. Stürmische Slava, Mojdat, Heil und Hoch-Rufe.

Dann ging über Katrein, Klein-Postitz, Groß-Postitz, Kravarn, Kouty, Jabfeh, Beuschau und Kormic nach Gullschin. Die Stadt geschmückt, Kinderpalliere, Vereine, Ehrenkompagnie der Gullschiner Besatzung. Dienstliche Meldung, kurze Ansprachen. Dem Legionärvertreter antwortete der Präsident: „Ich danke Ihnen, grüßen Sie die Kollegen, ich wünsche Ihnen Erfolg in Ihrer weiteren Arbeit. Ihr arbeitet schön, erfolgreich und werdet gewiß weitere Erfolge haben.“ Auf die Bitte einiger Schüler unterschrieb sich der Präsident dann in das Gedächtnis der Schule.

Nach 9 Uhr Abfahrt von Gullschin. Auf dem Wege von Gullschin bis Ostrau standen Soldaten Spalier.

Zu Mähr.-Ostrau dicke Spalier der Bevölkerung, der tschechischen, deutschen und jüdisch-nationalen Sportklubs, der deutschen Militärpensionisten u. a. Stürmische Begrüßung. Ostrau selbst war nicht da, schwarze Ostrau, sondern glänzte in Farbe und Pracht. Auf dem Marktplatz spielte eine Kapelle die Nationalhymne. Der Präsident beflegte eine eigene Tribüne und wurde vom Regierungskommissar der Stadt Mähr.-Ostrau, dem Abg. Profos, begrüßt, auf dessen Rede der Präsident u. a. erwiderte: „Ich danke Ihnen herzlich für die Begrüßung. Wie Sie erwähnt haben, kenne ich Ostrau und habe immer seine Entwicklung verfolgt. Ich bin mir bewußt, daß es eine Stadt und ein Ort der Industrie und der Arbeit ist, wie Sie das selbst angedeutet haben. Die Schwierigkeiten für Euch, Führer der Arbeiter — für

uns, den Staat — kenne ich. Sie haben auch von Unzufriedenheit gesprochen. Es ist ein Unterschied zwischen Unzufriedenheit und Unzufriedenheit. Man spricht manchmal von einer heiligen Unzufriedenheit. Ich verstehe das in dem Sinne, daß das eine Unzufriedenheit ist, die durch eigene Arbeit, eigene Ueberlegung bessern will, und ich glaube, daß gerade die Arbeiterschaft und Ihre Partei den Beweis geliefert hat, daß sie vom ersten Anfang der Republik trotz programmatischer Abweichungen von den anderen Parteien mit der Regierung und mit mir positiv arbeitet.

Wir müssen eine Weltpolitik treiben. Wir sind ein Teil der Welt und ich glaube, wir sind nicht die Letzten; deshalb danke ich Ihnen und erwarte von Ihnen und auch von Ihrer Partei, daß Ihr in der Mitwirkung fortschreiten werdet, in der wir gemeinsam für die Arbeiterschaft des Staates den Erfolg erlangen haben und auf dieser Bahn will ich mit Euch fortschreiten.“

Dann deutsche Ansprache. Und der Präsident: „Seien Sie und ihre Landsleute überzeugt, daß in gleichem Maße für beide Nationalitäten auf loyale Weise alles geschehen wird, was der Verfassung gemäß und richtig ist. Wenn Ihr irgendwelche Wünsche haben, dann ist durch verständige und klare Diskussion über die Angelegenheit eine Einigung möglich.“

Audienzen, Fahrt zur Besichtigung des Franzensschacht in Odersfurt. Unterwegs große Volksmassen und 18.000 Kinder und Studenten aus Ostrau und Teschen.

(Auszug aus dem Bericht des tschechoslowakischen Pressbüros.)

Die Deutschnationalen und die Masaryktrübe. Der parlamentarische Klub der Deutschen Na-

tionalpartei teilt mit, daß dieser Tage eine erweiterte Parteileitungssitzung der Deutschen Nationalpartei stattfand, in welcher die feierlichen Empfänge des Präsidenten Masaryk beraten wurden. Die erweiterte Parteileitung erklärte, „daß die Teilnahme von Parteimitgliedern bei den feierlichen Empfängen des Präsidenten der Republik mit den Parteigrundsätzen unvereinbar ist. Sie spricht jenen Parteimitgliedern, die gegen diese Anschauung verstoßen haben, ihre schärfste Mißbilligung aus. Dieser Beschluß bezieht sich selbstverständlich nicht auf jene Parteimitglieder, welche nicht als freigewählte Vertreter, sondern als Vertreter einer von der Staatsverwaltung abhängigen Stelle teilgenommen haben.“ — Demnach haben auch Deutschnationale an den Empfängen des Präsidenten teilgenommen.

Das „nationale Sudetblatt“. Diesen ehrenvollen Titel erwarb sich die „Sudetendeutsche Tageszeitung“, eine Art deutschnationalen Zentralorgans, durch die „Deutsche Landpost“. Das halentzerrische Organ hatte nämlich den agrarischen Abgeordneten Krepel angefallen, weil dieser bei einer Protestversammlung gegen die Aufstellung der deutschen Lehrerbildungsanstalt in Leitmeritz nicht erschienen war. Verärgert darüber, daß dem deutschnationalen Abgeordneten Krepel dort kein Landbündler die Konkurrenz gehalten hat, läßt das Sudetendeutsche Blatt nun einen Giftpartikel gegen die Lodgmanpartei los und nennt die „Sudetendeutsche“ ein „nationales Sudetblatt“. Das scheint uns zwar für eine polemisch deutschbürgerlicher untereinander ziemlich kräftig, doch der Ausdruck „Sudetblatt“ ist zutreffend. Die Arbeiterschaft braucht aber nicht erst daran erinnert zu werden, daß sich die „Deutsche Landpost“ den Namen eines Sudetblattes schon hunderte Male für sich erworben hat. Die beiden haben also einander nichts vorzuzwerfen.

Das Urteil im Benzinprozeß:

Benoni 2 Jahre, Kolben 20, Dr. Svátek 13, Rejedy 10, Stufka 8, Malina 8 und Frau Boubela 6 Monate schweren Kerker.

Prag, 25. Juni. Heute vormittags wurde vor dem Strafgericht am Karlsplatz nach mehr als vierzehntägiger Dauer der Verhandlung das Urteil gegen die zwölf Züßlerpersonen verkündet, welche in die Benzinaffäre verwickelt sind, die schon seit Monaten so viel Staub aufgewirbelt und damit die anderen Affären, wie die Spiritusgeschichte, ganz in den Hintergrund gedrängt hat. Schon lange vor der anderamteten Zeit war der große Schwurgerichtssaal bis auf das letzte Plätzchen von einem bunten Publikum gefüllt, das über die Ansichten der Angeklagten mehr oder weniger sachverständig diskutierten. Die Angeklagten selbst bemühten sich sichtlich unbefangenen und ruhig zu erscheinen, was ihnen aber nicht immer gelang. Als punkt 10 Uhr der Gerichtsbesitz erschien und der Vorsitzende des Senates OWSR. Dr. Hladil mit der Verlesung des Urteiles begann, herrschte Totenstille und das Interesse des Publikums hielt auch dann unvermindert an, als es durch die Verlesung der langatmigen Urteilsbegründung auf eine harte Probe gestellt wurde. Die Angeklagten nahmen das Urteil ohne äußere Zeichen der Erregung auf, nur Frau Svátek weinte ununterbrochen und verbergte ihr Gesicht hinter dem Taschentuch. Den freigesprochenen Direktor Siv langweilte dagegen die Verlesung der Urteilsbegründung sichtlich.

Während sich das Gericht zur Beratung über die Haftentlassungsanträge zurückzieht, drängt das Publikum ungeduldig nach vorne, um sich die Angeklagten, die in Gruppen miteinander und mit ihren Verteidigern sprechen, ganz aus der Nähe besehen zu können. Dr. Svátek ruht hierbei einer der Damen, die ihn gar zu neugierig mit dem Lognonn mustert, zu, sie möge sich einen Feldstecher nehmen, das Lognonn sei dazu noch zu klein. Auch nach Schluß der Verhandlung — es war mittlerweile 1 Uhr geworden — verlassen die Zuschauer nur zögernd den Saal, immer noch hoffend, vielleicht eine kleine Szene oder einen Gefühlsausbruch eines der Angeklagten zu erhaschen. Auf der Straße ist das Urteil teils durch Extraausgaben, teils durch die gewöhnlichen Mittagsausgaben der Presse bereits bekannt und wird lebhaft besprochen.

In dem ausführlichen Urteil werden des Verbrechens der Verleitung zum Mißbrauch der Amtsgewalt

für schuldig erkannt und zu schweren Kerker verurteilt:

- Dobruška Stufka, Privatbeamter, zu acht Monaten, verhärtet mit einem Fasttag monatlich.
- Dr. Josef Svátek, Ministerialrat und Chefredakteur des Amtsblattes, zu dreizehn Monaten, verhärtet durch einen Fasttag vierteljährig.
- Gottlieb Benoni, Direktor der Rappinapoll, zu zwei Jahren, verhärtet durch einen Fasttag vierteljährig.

Jng. Wenzel Malina, zu acht Monaten, verhärtet durch einen Fasttag monatlich.

Johann Rejedy, Kaufmann, zu zehn Monaten, verhärtet durch einen Fasttag vierteljährig.

Otto Kolben, Kaufmann, zu zwanzig Monaten, verhärtet mit einem Fasttag vierteljährig.

Ferner wird wegen Mitschuld an dem Verbrechen der Verleitung zum Mißbrauch der Amtsgewalt

Stanislaus Boubela zu sechs Monaten schweren Kerkers, verhärtet mit einem Fasttag monatlich, verurteilt.

Die Beurteilung erfolgte bei allen Angeklagten unbedingl. Allen wird ferner die Untersuchungshaft voll eingerechnet. Da auf niedrige und unehrenhafte Beweggründe erkannt wurde, wurde bei allen Beurteilten auch der Verlust des Wahlrechtes und bei Doktor Svátek und Benoni ferner der Verlust ihrer ausländischen Auszeichnungen und bei Dr. Svátek noch die Aberkennung seiner akademischen Grade ausgesprochen, die er nur durch einen Gnadenakt des Präsidenten wiedererlangen kann. Allen Beurteilten wird ferner der Erfolg der Prozeßkosten vorgeschrieben. Ein Glanzbuch der Frau Boubela auf 100.000 K wird zugunsten der Armen Propos für verfallen erklärt.

Dagegen werden die Angeklagten: Vladimír Hrouška, Prokurist der Rappinapoll, Franz Siv, Oberdirektor der Loginobant, Dr. Josef Bedl, Direktor der Loginobant, Josef Kohn, Direktor der Loginobant, und

Marie Svátek von den ihnen zur Last gelegten Verbrechen freigesprochen.

In der ausführlichen Urteilsbegründung heißt es u. a., daß hier in einer öffentlichen Angelegenheit bei deren Entscheidung Beamte zur Parteilichkeit und zum Mißtrauen ihrer Amtsgewalt verleitet wurden. Das Gericht sei weit entfernt, jede Intervention für unzulässig und strafbar zu erklären, aber dies werde sie, sobald man einem Beamten eine Belohnung oder ein Geschenk anbiete oder verspreche oder ihm Hoffnungen darauf mache. Daß der Beamte seine Amtsgewalt auch wirklich mißbrauche, sei für die Beurteilung der Schuld nicht maßgebend, entscheidend sei vielmehr die bloße Absicht. Auch die Frage der Höhe des verursachten Schadens falle nicht ins Gewicht. Es sei nur nötig, daß der betreffende Beamte wirklich die Möglichkeit hatte, seine Amtspflicht zu verletzen oder partiell zu handeln. Zu irgend einem Geschenk oder zu Belohnungen an die angeklagten Offiziere sei aber gar keine Veranlassung vorgelegen. Hieraus folgt eine gleichfalls ausführliche Motivierung des Urteils bei den einzelnen Angeklagten.

Bei der Begründung des Strafausmaßes wird darauf verwiesen, daß es sich hier um ein direktes Komplott gegen die Staatskasse gehandelt habe. Ferner wird auf die grenzenlose Geldgier, die hierbei zutage trat, sowie auf die beträchtliche List hingewiesen, die sich darin äußerte, daß man diese Geldgier unter dem Vorgeben verpackte, eine ausländische, teure Firma aus einer angeblich bevorzugten Stellung zu verdrängen. Erschwerend sei ferner, daß man hier die bekommen ungünstigen Gehaltsverhältnisse der Offiziere auszunutzen gesucht habe und daß die Bestechungen nach reichlicher Ueberlegung und wiederholt vorgenommen worden seien. Als Milderungsgrund wird die bisherige Unbescholtenheit der meisten Angeklagten und ihr teilweise Geständnis angeführt. Da der Gerichtshof die Hoffnung hege, daß die Angeklagten sich bessern würden, und da einzelne von ihnen auch für eine Familie und für Kinder zu sorgen hätten, habe der Gerichtshof von dem außerordentlichen Milderungsrechte Gebrauch gemacht.

Der Staatsanwalt Dr. Graban meinte be-

treff aller freigesprochenen die Richtigkeitsbeschwerde, bei Stufka, Malina, Rejedy und Frau Boubela die Berufung gegen das Strafausmaß an. Ferner verlangte er, daß die bisher in Haft Befindlichen auch weiter in Haft belassen werden.

Demgegenüber meinten die Verteidiger aller Beurteilten die Richtigkeitsbeschwerde und die Berufung sowohl hinsichtlich des Strafausmaßes als auch gegen die Richtzuerkennung der bedingten Verurteilung an. Alle Verteidiger forderten ferner die sofortige Haftentlassung der Beurteilten wie auch der freigesprochenen. Einzelne bieten Kautionsan.

Der Staatsanwalt verharret auf der weiteren Haft und stellt den Antrag, bei denen, die eine Kautions anbieten, zuerst die Vermögensverhältnisse unterzuchen zu lassen.

Nach einer halbstündigen Beratung entschied das Gericht, daß die freigesprochenen aus der Haft entlassen werden. Von den Beurteilten sollen Dr. Svátek gegen eine Kautions von 100.000, Benoni von 200.000 und Kolben gegen eine solche von 250.000 Kronen, die übrigen mit Rücksicht auf die geringe Kautions ohne Kautions gegen Verprechen entlassen werden.

Der Staatsanwalt beschwert sich über die geringe Höhe der Kautions und verlangt, daß die Angelegenheit dem Oberlandesgericht zur Entscheidung vorgelegt werde.

Die Verteidiger beschwerten sich über die Höhe der Kautions und bieten geringere Beträge an. Da die Beschwerde des Staatsanwaltes hinsichtlich der Höhe der Kautions abschließende Wirkung hat, bleiben Svátek, Benoni und Kolben bis zur Entscheidung durch das Oberlandesgericht in Haft, während die übrigen auf freien Fuß gesetzt werden.

Letzte Nachrichten:

Macdonald: Gegenseitiges Einvernehmen ist notwendig.

London, 25. Juni. Macdonald erklärte in Glasgow, wo er das Ehrenbürgerrecht erhielt, welche Regierung auch immer an der Macht sei und wer auch immer an der Spitze dieser Regierung stehe, folgende elementare Tatsachen müßten erkannt werden: Die Gesetze der Wirtschaft würden nicht von der Regierung gemacht und alle Regierungen müßten zusehen, daß der Handel so kräftig wie möglich gefördert werde. Es sei daher die erste Pflicht des Staatssekretärs des Außenwerts, die Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen und zuzusehen, daß die mühsam eingebrachten Einkünfte des Staates nicht für Verteidigungszwecke ausgegeben werden, die, wenn die Welt vernünftig wäre, nicht notwendig sein würden. Macdonald schloß, er tue sein Bestes, um die Alliierten sowie die vormaligen Feinde Englands zu verstehen, damit durch gegenseitiges Einvernehmen das Gebäude des Friedens aufgebaut werden könne.

Ein englische Stimme.

London, 25. Juni. Die „Times“ besprechen die dem deutschen Reichszankler übermittelte Note Macdonalds und Herriots und bemerken hierzu: Die Note kommt gerade recht. Sie bestätigt die richtige Forderung der Alliierten, daß sich Deutschland einer Rüstungskontrolle und Inspektion unterziehe, welche notwendig ist zur Feststellung, ob Deutschland in den letzten 18 Monaten von den Bestimmungen des Friedensvertrages, betreffend seine Abrüstung abgewichen ist. Eine solche Note kann die Position einer jeden deutschen Regierung kräftigen, die bereit ist, mit den Alliierten im Geiste der Offenherzigkeit und Friedensliebe zusammenzuarbeiten. Die Konferenz von Chequers besprechend, sieht das Blatt ihr wichtigstes Ergebnis in der Entscheidung, daß der Dawesplan ehestens in Kraft gesetzt werden soll. Herriot nahm den Tagesbericht ohne Vorbehalt an, trennte die Reparationsfrage von der Sicherheitsfrage und befeitigte dadurch eine der großen Schwierigkeiten auf dem Wege zur praktischen Durchführung des Sachverständigenberichts. Wenn alles gut geht, tritt die Konferenz unmittelbar zusammen vor der Debatte des deutschen Reichstages über die Vorlage, welche zur Durchführung des Dawesplanes notwendig ist. Herriot selbst wird frei sein, denn bis zu der Zeit wird die französische Kammer in die Ferien gehen. Macdonald werde von parlamentarischen Sorgen zwar nicht befreit sein, aber in dieser Frage wird er die Unterstützung aller Parteien des Unterhauses genießen.

Die Forderungen der reichsdeutschen Landwirtschaft. Der Reichslandbund hat an den Reichszankler jetzt ein Schreiben gerichtet, worin er nochmals die große Not der Landwirtschaft darlegt und eine allgemeine Stundung aller Steuern bis nach der Sachfruchtzeit fordert. Ferner seien die sofortige Bereinstellung eines neuen Kredites für die Landwirtschaft und Prolongation der notwendigen Kredite erforderlich. Schließlich wird verlangt, daß die Umsatsteuer ermäßigt und die Bevorzugung ausländischer landwirtschaftlicher Produkte bei der Umsatzsteuer beseitigt werde. Das Schreiben schließt mit der Erklärung, daß man in letzter Stunde die warnende Stimme erhoben habe. Bei Beibehaltung der jetzigen in einer Erdrösselung der Landwirtschaft führenden Politik müsse man der Reichsregierung die Verantwortung für die kommende Katastrophe überlassen.

Debitenkur'e.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for New York, Paris, Berlin, and Wien.

Tages-Neuigkeiten.

Leberrichte.

Am 21. „Sonntags“ schrieb der Duxer „Tag“, dass dessen Meinung „die Sonntagsmische“ unserer Altverbunden von uns Deutschen der Gegenwart besondere Beachtung verlangt.

Nicht im offenen Kampfe stellen sich die Feinde Walders, der Verkörperung des Lichtes, des Edlen und Guten, sondern Walders fällt von der Hand seines blinden, irreführenden Bruders, Walders fällt von der Waffe, die die wahren Feinde des Guten durch Hinterlist und Heimtücke und Falschheit dem blinden Bruder in die Hand gedrückt hatten.

Wir beachten die alte Mythe: wie müht auch in der Gegenwart die Waffe, die Hinterlist, Heimtücke und Falschheit dem Irreführenden in die Hand drücken! Wie in der alten Mythe, so stellen sich auch heute die Feinde des Guten, des Edlen nicht im offenen Kampfe. . . Wie viele Opfer des Hinterhaltes, der Tücke, der Hinterlist: Kurt Eisner und Gustav Landauer, Hans Baasche und Careis, Rosa Luxemburg und Liebknecht, Erzbürger und Rathenau . . . und in Italien soeben Matteotti . . . und vor einem Jahrzehnt der edelste aller Franzosen Jean Jaurès . . .

Aber so meint das „J“ (Herr Jizib?) in seiner Duxer Sonntagsbetrachtung natürlich nicht. Walders ist das deutsche Volk. Dann sind wohl die dunklen Feinde Wilhelm II., der es „herrlichen Zeiten entgegenführte“ und Ludendorff, der ihm dabei so trefflich half? Ach nein, die Juden sind's, die an allem „schuldig“ sind, so wie einst am Tode Walders, so jetzt am Unglück Deutschlands.

Bei den Worten an Eisner, Landauer, Careis, Baasche, Erzbürger, Rathenau usw. kann natürlich von einer Schuld nicht gesprochen werden, denn das waren ja keine „Völkischen“, bei denen für die „Völkischen“ erst der Mensch beginnt.

Aus der Auffer „Internationale“ und aus der Feder W. Selters: „Die kommunistische Internationale ist keine freie Vereinigung schönredender und wohlgekleideter Adolanten und gepflegter Kleinbürgerbäuche.“ — Schmerzhaft auch, der gegenwärtig in Moskau gezeigt wird, ist damit natürlich nicht gemeint. Das ist ein wohlgepflegter 17-hundertprozentiger kommunistischer Revolutionsbauch. Darum spottet er auch aller Kleinbürgerlichen Konkurrenzversuche. W. S. Wog.

Das Weipert Bergwerksunglück.

Die Antwort des Ministers für öffentliche Arbeiten auf die feinerzeitige Interpellation der Abgeordneten Genossen Dr. Hollitscher, Palme, Pohl und Genossen, wegen des Bergwerksunglücks in Weipert hat folgenden Wortlaut:

Die Gewerkschaft Argenta in Auffig a. C. nimmt seit November 1923 bei Weipert Schurfarbeiten auf Arseniese vor, bei welchen ein alter Schacht neu hergestellt wurde, der 1000 Meter tief geht, weils in einem Riesgang liegt und einen rechtlichen Durchschnitt 8 Meter x 120 Meter besitzt. Der Schacht hat einen Aufsteiger, eine Förder- und Fahrabteilung, in welcher 4 Leitern sind, und ist 18,6 Meter tief. Die Eindeklung besteht unten aus einer streichenden Stred, die in der Richtung vom Norden nach Süden geht. Südlich vom Schacht ist diese Stred 26 Meter lang, nördlich 7 Meter lang. Im Schacht selbst, auf der Schachthöhe, 3 Meter über dem Boden des Ganges ist eine Zentrifugalpumpe untergebracht, direkt mit einem Benzinmotor verbunden, der 140 Liter Wasser in der Minute hebt; der Auspuff des Benzinmotors geht in ein Leitungsröhr, welches an der Oberfläche der Grube mündet. Die Senkgrube ist 5 Meter tief.

Da in der Grube sich zu Zeiten Gas zeigte, wurde zu Anfang Mai die Förderung in der Grube eingestellt und damit begonnen die Aufgrube 10 Meter nördlicher abzutausen, welche derzeit 6 Meter tief ist. Auf der Grube waren 8 Leute beschäftigt, von denen 3 oberwärts arbeiteten; die Aufsicht führte der Obersteiger Karl Schmidt und der Betriebsleiter Ing. Gustav Göttl, der mit Entscheidung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 12. Dezember 1923, B. 8679, bestätigt worden ist. Die Arbeiter sind bei der Bezirkskrankenkassa und bei der Unfallversicherungsanstalt in Prag versichert. In der Fördergrube wurde, wie oben gesagt, vom Anfang Mai nicht gearbeitet. Nur das Wasser wurde durch die Pumpe in Fluss gehalten, zu deren Bedienung der Pumpenwärter Fr. Wöchl bestimmt war.

Der Unfall geschah auf folgende Weise:

Am 10. Juni dieses Jahres, um 1 Uhr nachmittag meldete der Pumpenwärter Wöchl dem Obersteiger Schmidt, dass unten in der Grube Gas seien, dass er aber das Benzin für Schöpfpumpen nachfüllen muß. Der Obersteiger machte Wöchl darauf aufmerksam, daß es nicht erlaubt ist, in die Grube abzustiegen, solange dort Gas sind. Das Aufsteigen der Grube war nach der Meldung sporadisch. Die Grube zeigte sich bei Tag bei warmem Wetter und gegen den Abend zu bei Abkühlung der Luft verloren sie sich. Der Pumpenwärter aber ging eigen-

mächtig mit dem Arbeiter Alexander Thomas in den Schacht hinunter, aber schon nach 10 Minuten rief er um Hilfe. Der Obersteiger Schmidt nahm den Schutzhelm und stieg mit dem Arbeiter Anton Kofcher und Vinzenz Loos in die Grube hinunter und zog mit einer Handwinde erst den Pumpenwärter und den ohnmächtig gewordenen Loos herauf, während Kofcher und Thomas in der Grube blieben. Als der Obersteiger aus der Grube heraufstieg, wurde er auf etwa 20 Minuten bewußtlos, während welcher Zeit die Arbeiter Stastny und Ernst Thomas, Fr. Pleibl und Josef Rimpl zur Pumpe hinaufstiegen, um den betäubten zwei Arbeitern, die im Schacht geblieben waren, zu helfen, wobei sie aber selbst betäubt wurden und unten liegen blieben. Gegen 2 Uhr erschien auf dem Betrieb der Betriebsleiter Ing. Göttl, welcher von dem Obersteiger gleich nach Meldung des Pumpenwärters von dem Aufsteigen des Gases verständigt worden war und brachte Gefäße mit komprimierten Sauerstoff aus Jöhstodt in Sachsen. Durch das Auslassen des Sauerstoffes in der Grube wurde diese ausgelüftet und alle 6 betäubten Arbeiter heraufgezogen, aber trotz der Hilfe zweier sofort herbeigerufenen Ärzte war es schon nicht mehr möglich, sie ins Leben zurückzurufen.

Der Bericht über den Unfall wurde dem Reibergamt am zweiten Tage morgens erstattet, das noch am selben Tage den Unfall an Ort und Stelle untersuchte. Hierbei stieg der untersuchende Beamte zum Schöpfergestühl herunter und konstatierte, daß die Grube bereits gasfrei ist. In der Grube wurde offenes Karbidlicht verwendet, außerdem wegen der Induktion von Gasen Leuchtampen und Kerzen. Die giftigen Gase konnten kein größeres Prozent an Kohlenäure enthalten, da das offene Licht brannte. Die Gase hatten einen süßlichen Geschmack, verursachten Brustbeschwerden und heftige Kopfschmerzen, was auf das Vorkommen von Kohlenoxyd hinweist, wovon auch der Oxydationsgeruch Zeugnis ablegt, bei welchem das Blut hellrot konfiziert wurde. Von den Gasen wurde eine Probe genommen, die analysiert werden wird.

Verwundet wurde bei den Bergarbeiten Vinzenz Loos, der durch einen Fall einen Bruch der unteren Rippe erlitt, der Obersteiger Schmidt ist schon gesund, ebenso der Pumpenwärter Wöchl. Von den Toten sind drei verheiratet und drei ledig.

An den Ort des Unfalls wurde auch noch der Beamte der Berghauptmannschaft in Prag entsendet, der dem Ministerium genaue Information erstattete.

Der Unfall wurde aufs raschste und gründlichste untersucht. Inzwischen wurde angeordnet: künstliche Lüftung durch einen Ventilator und Aufstellen eines Rauchgases auf eine Abteilung der Fördergrube, die Anschaffung von Halbmasken, zweier Atemungsapparate und Barographen. Weitere Maßnahmen werden bis auf Grund des Ergebnisses der Gasanalyse getroffen werden.

Den Hinterbliebenen wird aus den Mitteln des Ministeriums für öffentliche Arbeiten eine Ausbühle in dem bei solchen Unfällen üblichen Ausmaß erstellt werden.

Die Hauptverlammlung der „Naturfreunde“.

Die Rachmittagsitzung brachte vor allem ein ausführliches Referat des Genossen Volpert über Arbeiterschaft und Touristik. In ausführlicher Weise legte der Referent dar, wie notwendig es erscheint, immer mehr die Arbeiterschaft von ihren ortsüblichen Vergnügungen loszulösen und sie in die Natur zu führen. Dadurch leisten die „Naturfreunde“ wahrhafte Kulturarbeit. Gerade der Umstand, daß es der Arbeiterschaft gelungen ist, den Achtstundentag zu erringen, müssen wir „Naturfreunde“ kräftig ausnützen. Noch wissen viele Arbeiter nicht, wie sie diese Stunden nutzbringend verwenden können und tragen ihre sorgen, harterworbene Heller in das Gasthaus, um wenige Stunden ihr Geld vergessen zu können. Wie anders wird da der Arbeiter, der Sonntag für Sonntag durch die Wälder und Felder streicht, den Geist der Natur in sich aufnimmt und gleich ihr zum Revolutionär wird.

In der darauffolgenden Debatte wurde der Verwalterbeitrag für den Reichsausschuss mit zwei Kronen für Vollwähler und einer Krone für Anschließmittglieder und Jugendliche festgesetzt.

Über „Unsere nächsten Aufgaben“ referierte Gen. Josef Rase. Seine treffliche Rede war eine Bekräftigung der bisherigen Taktik innerhalb der Organisation. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen sind noch nicht von der kulturellen Bedeutung der „Naturfreunde“-Organisation überzeugt, viele Vertrauensmänner erblicken in ihr eine erniedrigende Aufführung und rastlose Arbeit kann uns vorwärts bringen. Wie alle Organisationen, so müssen sich auch die „Naturfreunde“ in der Arbeiterbewegung durchsetzen. Andere Organisationen, wie die Jugendlichen, die Turner, sind bereits von der Arbeiterbewegung anerkannt, die „Naturfreunde“ als die jüngste Kulturorganisation muß erst durch unermüdete und vorbildliche Arbeit die Anerkennung erringen. Nach einem Hinweis auf die Taktik bei der Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Winterportzentrale schloß der Redner mit dem Wunsch, daß die Delegierten sich auch bewußt sein mögen, daß auch ihr Kampf der Erringung des Sozialismus gilt.

Als Sitz der Organisation wird Auffig festgesetzt. Die vorliegenden Anträge werden durch ihrer Erledigung zugeführt, worauf Gen. Dietl mit einem kurzen Schlußwort die Delegierten zu rastloser und unermüdetlicher Arbeit aufruft und die Konferenz mit einem herzlichen „Verg' frei!“ schließt.

*) Siehe die Blattfolge vom 24. Juni.

200.000 Gallonen Naphthas explodiert.

New York, 25. Juni. Durch eine Explosion an Bord eines britischen Transportdampfers im Hafen von Brooklyn, bei der 200.000 Gallonen gasförmigen Naphthas in die Luft flogen, wurden fünf Mann von der Besatzung getötet und acht schwer verletzt. Aus Furcht vor weiteren Explosionen ging der Dampfer in East River vor Anker, wo er bald darauf verfaul.

Für Maurer und Fassadenarbeiter! Vom Landeszentralarbeitsamt in Prag III, Tomáška 4, wird amtlich bekanntgegeben: Arbeitslose Maurer und Fassadenarbeiter sollen sich unterzüglich in der nächsten Bezirksanstalt für Arbeitsvermittlung in Böhmen oder direkt beim oben genannten Amt melden. Das Amt hat eine größere Anzahl von Anmeldungen für Bauten in Groß-Prag und in Mittelböhmen. Es werden auch ganze Arbeiterpartien von Mauern aufgenommen.

Deutsche Mittelschulen in Prag — tschechische in Wien. Nach den Schulferien wird die selbständige tschechische Realschule des Romenskyvereines in Wien XVI eröffnet werden, die bisher gemeinsam mit dem tschechischen Gymnasium im III. Bezirk untergebracht war. — In Prag werden dafür deutsche Anstalten zusammengelegt.

Sprachprüfungen deutscher Richter in der Tschechoslowakei. Im Laufe dieser Woche werden in Brünn die Prüfungen deutscher Richter und Beamten aus der tschechischen Sprache abgehalten werden. Die Prüfungen werden von einer viergliedrigen Kommission abgehalten.

Der Sanikaprozess soll nach einer Meldung der „Rozhodni Listy“ am 8. August vor dem Obersten Gerichtshof in Brünn stattfinden.

Selbstmord eines Liebespaares. Gestern früh wurde die Beamtenstochter Bertha Schuldes aus Wistritz bei Tepliz und der Student Karl Schweigut, Sohn des Direktors der Schauspielbühne, im Schlafzimmer des Mädchens tot aufgefunden. Die Polizei, welche nur durch das Fenster in das verschlossene Zimmer gelangen konnte, fand das junge Mädchen angelehnt im Bette und den Mann am Boden liegend vor. Beide hatten an der rechten Schläfe Schußverletzungen, die von einem aufgefundenen Trommelrevolver herrührten.

Wettstreifen. Der deutsche Verein staatl. geprüfter Stenographielehrer in Prag (Omann Genosse Professor Karl Glöckner) veranstaltete am 19. Juni ein beförderlich genehmigtes Wettstreben für Schüler und Schülerinnen der deutschen staatl. Mittelschulen Prags. Das Wettstreben fand in den Lokalen des Staatsrealgymnasiums in der Feitrichsgasse statt und wurde in drei Gruppen mit gesteigerten Anforderungen vorgenommen. Es beteiligten sich an diesem Wettstreben 180 Zöglinge der verschiedenen Mittelschulen Prags. In der am 23. Juni abgehaltenen Preisrichteritzung konnte den Teilnehmern an dem Wettstreben eine große Anzahl von Diplomen und Anerkennungen zuerkannt werden.

Schwerer Autounfall. Dienstag fuhr durch die Krakowka Iřba gegen Lieben in Prag das Auto Nr. 118. Das Auto lenkte Johann Machar aus Prag I. Ihm entgegen kam ein zweirädriger Wagen mit Kohlrüben, den Bohumil Host fuhrte. Als eine Kohlrübe vom Wagen herabfiel, rann die Schülerin Johanna Smulek in die Fahrbahn, um sie aufzuheben. In diesem Augenblicke wurde sie vom Trittbrett des Autos, das kein Warnungssignal gab, erfasst, zu Boden geworfen und schwer verletzt.

Unfall beim Rahnfahren. Dienstag abends fuhren in Prag auf einem geliehenen Rahn von der Stefanibrücke zur Wasserwehre der Student Robert Weidiz und Vera Omcirk aus Prag VII. Der Rahn wurde vom Strome zur Wasserwehre herabgerissen; die Omcirk sprang im letzten Augenblicke aus dem Rahn auf eine Mauer, Weidiz jedoch wurde mit fortgerissen und wäre ertrunken, wenn ihn nicht die Omcirk auf die Mauer hinaufgezogen hätte.

Von der Staatsbahndirektion wird mitgeteilt: Vom 1. Juli an werden die Nachtzüge der Marapah-Stred Nr. 709 und 710, dann von wissens-Biel die Züge Nr. 3814, 3815 Anschluss an den Zug 911 nach Lundenburg und weiter nach Preshburg haben.

Änderungen im Personenzugsverkehr. Ab 1. Juli d. J. treten im Bereiche der Staatsbahndirektion Königsgräh folgende Änderungen im Verkehr der personenzugfördernden Züge ein: Stred Chlume — Parschnitz: Zug 406 hält in der Haltestelle Chlume an; Abfahrt 18.10 Uhr, Zug 408 hält in der Haltestelle Střkwan an; Abfahrt 21.39 Uhr. Die Züge 413 und 414 werden auf der Stred Trautenau — Pelsdorf täglich verkehren. Zug 413 Abfahrt Trautenau 5.46 Uhr; Ankunft Pelsdorf 6.11 Uhr; Zug 414 Abfahrt 6.49 Uhr; Ankunft Trautenau 7.35 Uhr. Auf der Stred Pelsdorf — Hohenelbe verkehren die neu-eingelegten Personenzüge Nr. 5459 und 5462. Zug 5459 Abfahrt Pelsdorf 16.55 Uhr; Ankunft Hohenelbe 17.07 Uhr; Zug 5462 Abfahrt Hohenelbe 17.29 Uhr; Ankunft Pelsdorf 17.33 Uhr. Stred Groß-Oset — Chlume: Bei Zug 844 wird an Werttagen die Personenzugförderung auf der Stred Groß-Oset — Chlume eingeführt. Abfahrt Groß-Oset 17.55 Uhr; Ankunft Chlume 19.55 Uhr.

Der Bandalismus der böllischen Rabau-brüder macht auch vor Gotteshäusern nicht halt. Dienstag abends wurde von etwa 20 anscheinend deutschböllischen jungen Leuten in der Dinerstraße in Berlin ein Ueberfall auf ein

fälsches Gebethaus verübt. Der „Postischen Zeitung“ zufolge drangen die Burschen in den Hof und versuchten den Betstuhl, wo sich zahlreiche Andächtige versammelt hatten, zu demolieren. Mehrere Leute wurden verprügelt. Die Schutzpolizei konnte drei Eindringlinge festnehmen.

Die deutschnationale Sabotage jeder Verständigung. Die Deutschnationalen haben im Reichstage einen Antrag eingebracht, der einen offiziellen Widerruf des deutschen Schulbekenntnisses in Artikel 231 des Versailles-Vertrages verlangt und zwar soll die Regierung über das Sachverständigengutachten anbringen. — Das „Berliner Tageblatt“ bezweifelt, daß irgend ein praktischer Erfolg damit erzielt werden könnte und daß wohl die Antragsteller selbst nicht daran glauben. Die ganze Aktion sei eine Sabotage jeder Verständigung.

Gedenktandgebungen für Rathenau. Die Vereinigen republikanischen Verbände und die republikanischen Parteien veranstalteten Dienstag am Grabe Rathenaus in Oberschöneweide eine Kundgebung, an der etwa 5000 Personen teilnahmen. Auch in einer großen Versammlung des Berliner Bezirksverbandes der S. P. D. in der „Neuen Welt“ wurde des Ermordeten gedacht.

Auch eine Gotteslästerung? Das Landgericht in Breslau verurteilte den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen Breslauer „Volkswacht“ wegen Gotteslästerung zu sechs Wochen Gefängnis. Dieses Verbrechen soll in einem Artikel vom 5. Dezember begangen worden sein, der die Ueberschrift trug: „Unser tägliches Brot gib uns heute“. — Kommentar überflüssig!

Sonderländer Matthes. Der Provinziallandtag in Düsseldorf nahm einstimmig und widerprüchlos einen Antrag an, durch den über eine Eingabe des sogenannten Rheinisch-westfälischen Volksbundes, Separatistischer Oberverband, an dessen Spitze der bekannte Sonderländer Matthes steht, debattelos zur Tagesordnung übergegangen wurde. Die fragliche Eingabe hatte vom Provinziallandtag die Zustimmung zur Internationalisierung des Rheinlandes und Ruhrgebietes unter der Kontrolle des Völkerbundes verlangt.

Slowenen und Serben. Wie aus Cilli gemeldet wird, hielt dort die slowenische liberale Partei eine Konferenz ab, in welcher die gegenwärtige interpolitische Lage in Slowenien erörtert wurde. In der über die Beschlässe der Partei gefassten Resolution wird festgestellt, daß die slowenische liberale Partei als legaler Vertreter des slowenischen Volkes außerhalb des Gesetzes gestellt worden sei, da sie seitens der Regierung und der staatl. Organe einer planmäßig geführten gewalttätigen Verfolgung ausgesetzt sei. Es wurde beschlossen, an die einzelnen Minister, namentlich an den Justiz- und Kriegsminister Interpellationen zu richten. Schließlich wurde an den Präsidenten des Parlamentes das schriftliche Ansuchen gestellt, er möge im Namen der Skupština der Familie und den Freunden des im Kampfe gegen Gewalt und Korruption gefallenen italienischen Abgeordneten Matteotti das Beileid ausdrücken.

Impfung gegen Tuberkulose. Dr. Calmette vom Pasteurinstitut hat in der Pariser Akademie der Wissenschaften einen Vortrag über seine Erfahrungen mit einem Impfstoff gegen die Tuberkulose gehalten. Er hat einen bestimmten Bazillus durch 230 nacheinander folgende Kulturen auf Oefengalle abgeschwächt und mit denselben Röhren immunisieren können, daß sie 18 Monate nach der Impfung der Einführung eines sehr kräftigen Bazillus widerstehen konnten, welcher nicht immunisierte Kinder zu töten vermochte. Dr. Calmette hat seine Methode auch auf 217 neugeborene Kinder mit Erfolg ausgeprobt.

Ungarische Erbschaften in Raab. In der durch das Ableben des sozialistischen Abgeordneten Miklics (Raab) stattgefundenen Erbschaft konnte von den drei Kandidaten keiner die Majorität erhalten, so daß zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten Molasits und dem christlichsozialen Oppositionellen Bernolac eine Stichwahl erforderlich ist, die am nächsten Montag stattfindet.

Kampf gegen das Zeitungsverbot in Ungarn. Das Schidial der Budapester Tagesblätter veröffentlicht eine Mitteilung, in der gegen den Paragraphen 45 der Strafgesetznobelle, auf Grund dessen Zeitungen verboten werden können, in unterschiedener Weise Einspruch erhoben und ausgesprochen wird, daß das diesbezügliche Verbot in keinerlei Form annehmbar sei. Gleichzeitig wird gegen diesen Paragraphen der schärfste Kampf angekündigt.

Gute Ernteaussichten in England. Nachrichten aus den englischen Landwirtschaftlichen Kreisen besagen, daß die Ernteaussichten sehr günstig sind. Die sonnigen Tage kamen nach größeren Niederschlägen gerade zur rechten Zeit und unterstützten das Wachstum. Die Heuernte ist ungewöhnlich ergiebig. Die Getreideernte wird mehr als durchschnittlich sein. Auch der Hopfen wächst rasch und hat ein gutes Aussehen.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Der neue albanische Ministerpräsident und frühere Vertreter Albanien auf der Völkerbundversammlung in Genf richtete an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm, in dem er ihn von der Übernahme der Regierung verständigt und versichert, daß Albanien eine moderne und demokratische Verwaltung erhalten werde und allen Mächten gegenüber eine Politik der Freundschaft betreiben und insbesondere die guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten pflegen wolle. Ferner sprach er dem Völkerbunde die Dankbarkeit aller Albanier aus. Der Generalsekretär dankte in einem Antworteletogramm für die dem Völkerbunde bezeugte Gefühle.

Die untere Donau verhandelt. Wegen der Verfertigung des Kanals von Sulina, welcher die Schiffverbindung zwischen Galaz und den Donaumündungen sichert, ist nach einer Meldung der „Pr. P.“, der Verkehr der Soudampfer auf der unteren Donau eingestellt worden. Die rumänische Regierung untersucht diesen Fall mit Besorgnis und beschloß, bei der Internationalen Donaukommission, der die Sicherung des Schiffverkehrs obliegt, zu intervenieren. Die „Independence Romanine“ greift die Donaukommission wegen ihrer angeblichen Nachlässigkeit an.

Neue polnische Petroleumgruben. In Kleinpolein, im Bezirk Neusandez, sind neue Petroleumgruben in Betrieb gesetzt worden. Das Petroleum befindet sich in einer Tiefe von 600 Metern und ist von hoher Qualität, da es einen Benzolgehalt von 45 Prozent hat.

Wieder ein tödliches Autounfall. Ein Automobilunglück ereignete sich in der Nähe von Gnan auf offener Landstraße. Eine ältere Bauerfrau wollte mit einem fünfjährigen Kinde beim Überqueren eines Autobahns über die Straße laufen, löste aber plötzlich um und lief direkt in den Wagen hinein, so daß sie samt dem Kinde totgefahren wurde. Das Automobil stürzte in den Straßengraben und überschlug sich, wobei der Chauffeur schwer verletzt wurde.

Deutsche Volks- und Bürgerschule für Knaben und Mädchen, Prag, Fleischmarkt. Die Einschreibungen finden am 1. und 2. September l. J. von 9 bis 12 Uhr im Schulgebäude, Masná n. 16, statt.

Witterungsübersicht vom 25. Juni. In den mittleren Teilen der Republik ist am Dienstag wesentliche Abkühlung eingetreten. Die Temperatur erreichte hier die tiefsten Werte aus ganz Mitteleuropa (Maxima in den Niederungen unter 20 Grad Celsius). Im Osten war die Abkühlung schwächer. In Böhmen ist dagegen die Temperatur gestiegen. Niederschläge waren nur lokale, und zwar meldet Koschau sechs Millimeter Schwitterregen. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Ohne wesentliche Änderung.

Volkswirtschaft.

Die Wirtschaftspolitik der englischen Arbeiterregierung.

Von allen Ländern des Erdballs ist Großbritannien durch die unmittelbaren Wirkungen der weltweiten Krise, die — nach einer kurzen Periode der Konjunktur — im Gefolge des Weltkrieges die Weltwirtschaft im Jänner erschütterte, am unmittelbarsten und am empfindlichsten getroffen worden. Von kaum den Grad der Erschütterung am deutlichsten, aber auch am primitivsten am Barometer der Arbeitslosenstatistik abzulesen: An den kritischsten Tagen waren in England 2.171.000, also ein Viertel der Gesamtbevölkerung, arbeitslos, und die Ausfuhr stellte 1921 bei wenig verringertem Einfuhr gegenüber 1913 wenig mehr als die Hälfte dar.

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Krise mit tausend Jäden an die große Politik des Landes geknüpft ist, daß ihre Überwindung ständige Sorge der Politiker wurde. Nach der schwächlichen Aera von Lloyd George glaubte die Regierung Baldwin in der Einwirkung einer großzügigen Schutzpolitik den Ausweg gefunden zu haben. Der Schutz Zoll, verknüpft mit einem System der Vorzugszölle für das gesamte Reich, sollte Großbritannien von der lästigen auswärtigen Konkurrenz Schutz bieten und damit der englischen Industrie allen entscheidenden Aufträge zuführen. Baldwin stellte bekanntlich die Nation selbst vor die Wahl, wobei er unterlag. Die Wahlen, die politisch so entscheidende Verschiebungen brachten, bedeuteten wirtschaftlich gesehen, daß das Land trotz seiner Leiden nicht geneigt war, vom Freihandel abzugehen. Wodurch auch der Schutz Zoll, leicht zunächst die Kaufkraft des ganzen Reiches auf die britische Industrie konzentrierte, schließlich mußte eine solche Politik doch zu einer Verteuerung aller Waren, verminderter Kaufkraft, verminderter Konkurrenzfähigkeit und schließlich zu einem Verlegen der Exportfähigkeit führen.

So war die Wiedererlangung Baldwin von eminenter wirtschaftlicher Bedeutung für das Land. Eine Durchführungs seiner Politik hätte nicht nur die ungedenklichen Folgen für die englische Wirtschaft selbst gehabt, sondern sie hätte mit ihrem Desinteressement am Kontinent auch die wirtschaftliche Wiederherstellung des Kontinents aufs schwerste gefährdet. Baldwin's Nachfolger MacDonald ist dem entgegengegangenen Weg gegangen. Obwohl in seinem Kabinett nicht Geschäftsleute, City-Bankiers und Landwirte saßen, begriffen diese Intellektuellen und Gewerkschaftsführer doch, worauf es nicht nur in engem Sinne wirtschaftlich, sondern politisch ankam, um die

wirtschaftliche Befundung, nicht eine Scheingefundung, herbeizuführen. Das Kabinett MacDonald packte die wirtschaftliche Sanierung aus drei sehr verschiedenen Ebenen an: MacDonald selbst, indem er mit einem Schlag die Achse der englischen Politik nach dem Kontinent verlegte und alle Kraft auf eine Sanierung der europäischen Atmosphäre als der einzigen soliden Grundlage für eine wirtschaftliche und finanzielle Wiedergesundung, also für eine Wiederherstellung der Kaufkraft des Kontinents, einsetzte. Snowden, indem er als Schatzkanzler durch seine Budget- und Finanzpolitik die Wirtschaft direkt anspornte (Streichung der Gesellschaftsteuer), teils durch Verminderung von Zöllen die Lebenshaltungskosten verringerte und damit die innere Kaufkraft erhöhte. Der Arbeits- und besonders der Gesundheitsminister schließlich, indem sie an den Ausfuhr-„produktiver Ehemien“ herangingen, also an eine bestimmte Art produktiver Erwerbslosigkeit, die die Wirtschaft anregen und die Arbeitslosigkeit vermindern sollen. Alles das hat erst zum Teil seine unmittelbaren Früchte getragen, oder es hat trotz allem Geschrei ein Gefühl der Sicherheit geschaffen.

Unabhängig von der unmittelbaren Einwirkung der Politik sind gleichzeitig andere anregende Momente in Erscheinung getreten: die Weltausstellung in Wembley legte die Kaufkraft der überseeischen Kaufleute anzuregen; das Ende der Inflation und der billigen kontinentalen Produktion hat dem englischen Außenhandel wieder einen Teil der verloren gegangenen Kunden zugeführt und schließlich auch, wenn auch nur in einem geringen Umfang, die Kaufkraft des Kontinents erhöht. So wird von beinahe allen Märkten eine langsame, aber stetige Zunahme des Beschäftigungsgrades gemeldet. Die Arbeitslosigkeit ist um einer bisher nicht geplanten Steigerung gesunken, England registriert mittlerweile ca. 2.500.000 weniger Arbeitslose als zu Beginn der Regierung MacDonalds.

Trotz alledem ist, wie die jüngsten Berichte des Board of Trade zeigen, das Verhältnis von Ein- und Ausfuhr noch immer in höchstem Maße unnatürlich; eine Ueberflut für Mai zeigt, daß trotz eines prozentualen Anwachsend der Ausfuhr Großbritannien im Mai beinahe doppelt soviel eingeführt hat als es exportierte. Einem Export im Werte von rund 122 Millionen Pf. St. steht ein Export von rund 70 Millionen Pf. St. gegenüber. Der gegenwärtige Zustand ist also alles eher als gesund.

So sind und bleiben alle Zeichen der Ueberwindung der Depression nur ein Anfaß. Alles hängt davon ab, ob es gelingt, die europäischen Märkte wiederherzustellen. Könnte man vielleicht in den vergangenen Jahren angefaßt der Entwicklung in Amerika und England selbst noch glauben, daß eine Wiederherstellung der englischen Wirtschaft aus den Ressourcen des Weltreiches heraus möglich sei, so ist heute diese Frage verneint. Daher die Einigkeit, mit der heute die Nation, trotz aller unpopulären Meinungsverschiedenheiten, hinter MacDonalds kontinentaler Außenpolitik steht, für das nicht ungefährliche Experiment einer Zusammenarbeit mit Rußland eintritt und sich für die Durchführung des Sachverständigenrats einsetzt, um den Weg zur wirtschaftlichen und finanziellen Befundung einzuschlagen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Achtstundentag und Reparationen. — Koalitionsfreiheit.

Die Arbeitergruppe der internationalen Arbeitskonferenz beschloß, der internationalen Arbeitskonferenz eine Resolution zu unterbreiten, welche die Beziehungen des Achtstundentages zum Reparationsproblem betrifft und in der die internationale Arbeitskonferenz den Verwaltungsrat des Arbeitsamtes ersucht, zu prüfen, auf welchem Wege und nach welchen Methoden die Aufmerksamkeit der Reparationskommission auf die internationalen sozialen Voraussetzungen des von ihr angenommenen Programms gelenkt werden könne. — Der Präsident des japanischen allgemeinen Arbeiterverbandes und Arbeiterdelegierter Japans in der internationalen Arbeitskonferenz hat der Arbeitergruppe eine Resolution über die Anerkennung des Rechtes der freien und ungehinderten Gewerkschaftsorganisation der Arbeiterschaft unterbreitet, welche der Konferenz im Namen der Gruppe übermittelt wird. Sie schlägt vor, daß der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes die von ihm unternommenen Untersuchungen über das von den Friedensverträgen garantierte Recht fortsetze und daß diese Frage der nächsten internationalen Arbeitskonferenz unterbreitet werde, um Mittel und Wege zu finden, in allen Ländern diese Freiheit der Organisation zu gewährleisten.

„Demokratisierung des Bankamtes“ wird im „Prager Tagblatt“ gefordert. Es sollen Vertreter aller großen Organisationen, sowohl der Produktion als auch der Konsumtion, zu Mitgliedern des Bankausschusses ernannt werden, dem außerdem ein größerer Wirkungskreis eingeräumt werden soll. Soweit ganz schön, denn es wäre nur gut, wenn auch Arbeitervertreter in die Politik des staatlichen Bankamtes hineinsprechen könnten. Doch das ist nicht das Ziel der Kapitalisten. Auf der Tagung der Jüderindustriellen wurde vielmehr schon ausgesprochen, daß die Finanzmagnaten die Errichtung der geschicklich bereits festgelegten neuen Zettelbank wollen, die zum größten Teil auf privatem Aktienkapital aufgebaut werden soll. Nur ein Drittel der Aktien soll der Staat

besitzen. Wenn daher nach der neuen Zettelbank gerufen wird, so geschieht dies von den Kapitalisten nur deshalb, um neue Möglichkeiten zur mühelosen Erwerbung von Profiten zu schaffen. Im vergangenen Jahre hat das staatliche Bankamt nicht weniger als 118 Millionen Kronen aus seinem Geschäft gewonnen, von denen 48 Millionen der Staatskasse zufließen. Diese 118 Millionen würden natürlich zumeist den Kapitalisten zukommen, wenn eine Aktienbank an Stelle des Bankamtes treten würde. Gelüste nach Millionen sind es also, die die sonderbaren demokratischen Finanzkapitalisten veranlassen, den Ruf nach der „Demokratisierung“ des Bankamtes zu erheben. Im Interesse der Allgemeinheit, besonders der Konsumenten, muß aber der Forderung der Bankleute entgegengetreten werden.

Zum Streik der Tongrubenarbeiter im Eger-Waldsteiner Gebiet. Der Streik der Tongrubenarbeiter im Eger-Waldsteiner Gebiet dauert weiter an und scheint schärfere Formen anzunehmen. Es zeigt sich, daß die Arbeitererschaft mit einem der hartnäckigsten Unternehmerrgruppen den Kampf zu führen hat, wessen sie sich auch von vornherein bewußt war. Die Unternehmer scheinen gewillt zu sein, vor keinem Mittel zurückzureden zu wollen, um die bescheidenen Forderungen der Arbeiterschaft aus „prinzipiellen Gründen“ ablehnen zu können. Liebevolles Verständnis finden sie dabei auf Seite der bürgerlichen Presse. So gibt sich auch die Egerer Zeitung vom 29. Juni L. J. dazu her, Streikbrecher für dieses Gebiet anzuwerben. In der erwähnten Nummer ist folgendes Inserat:

Arbeiter!
(auch aus dem Kohlenrevier).
werden von den unterzeichneten Firmen für dauernde, ganzjährige Arbeit gesucht bei dem bisher gezahlten guten Lohnsatz. Anmeldungen in Eger.
Vereinigte Waldstein-Neudorfer Tonwerke, Ges. m. b. H. in Eger,
Egerländer Tonwerke Ges. m. b. H. in Eger.
Werner u. Co., Tonwerke in Eger.
Westböhmisches Tonwerke Oberle u. Co., Eger.
Ton- und Kaolinwerke Rorich Friedrich Reichl, Eger.
Ton- und Ziegelwerke Adolf Gottfried, Jonsau.

Nun werfen die Unternehmer ihre Rege auch nach den Bergarbeitern aus, weil sie wissen, daß sie bei den Tonarbeitern nichts fangen. Sie spekulieren dabei auf die Arbeitslosigkeit im Bergbau und wollen die Bergarbeiter zu Verrentern an den Interessen der Arbeiter machen. Die Egerer Zeitung schreibt ganz bescheiden, daß es sich um die Vermittlung von Streikbrechern handelt. Wir hoffen, daß auch diese Anstrengungen, die mit Hilfe der bürgerlichen Presse gemacht werden, den Arbeitern in den Rücken zu fallen, nur dazu dienen, diese in ihrem Kampfeswillen zu bestärken und daß diesen schäblichsten Ausbeutermethoden, den Kampf zu vergiften, der Erfolg versagt bleibt. Wir appellieren an alle Arbeiter, Zugung ins Eger-Waldsteiner Gebiet strengstens fernzuhalten. Auskunft über den Stand des Streiks ist beim Verband der Retamarbeiter in Fischern bei Karlsbad einzuholen.

Ein Bankrott in Wien. Der Vorstand der allgemeinen Depositenbank in Wien hat in einer Sitzung am Dienstag beschlossen, den Antrag auf Eröffnung der Geschäftsaufsicht zu stellen.

Große Kämpfe der Holzarbeiter Deutschlands. Seit dem Ablauf des Manteltarifs in der Holzindustrie Deutschlands am 15. Februar ist es fast in allen Teilen Deutschlands zu großen Auseinandersetzungen gekommen, besonders im Freistaat Sachsen, wo seit Mitte Mai 18.000 Holzarbeiter ausgeperrt sind. Im Mittelpunkt dieser Arbeitskämpfe steht besonders die Arbeitszeitfrage. Ende Mai wurden die zentralen Verhandlungen über Erneuerung des Manteltarifs wieder ausgenommen. Sie führten in ganz kurzer Zeit zu einer Verständigung. Jedoch lehnte die Generalversammlung der Unternehmer in der Holzindustrie, die am 21. Juni in Frankfurt a. M. stattfand, die getroffene Vereinbarung ab. Gründe wurden von den Unternehmern nicht angegeben. Es liegt auf der Hand, daß es sich um eine Hilfsaktion für die ausperrten sächsischen Holzunternehmer handelt. Die Holzindustriellen glauben die Zeit für gekommen, auf Grund der sich verschlechternden Wirtschaftslage den großen Schlag gegen den Holzarbeiterverband führen zu können. Eine Vertreterversammlung des Holzarbeiterverbandes nahm den Streikhandelsbuch auf und beschloß, zur Unterstützung der Ausperrten und Streikenden von den noch in Arbeit stehenden einen wöchentlichen Extrabeitrag in der Höhe eines Stundenlohnes zu erheben.

Vor einem Metallarbeiterkampf in Rheinland-Westfalen. Berliner Wittermeldungen aus Essen zufolge sind die Einigungsverhandlungen in der Lohn- und Arbeitszeitfrage für die rheinisch-westfälische Großindustrie, die in Hamm unter dem Vorsteher eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums stattfanden, ergebnislos verlaufen. Am Samstag werden die Metallarbeiter-Verbände in einer Funktionärerversammlung in Essen zu der Lage Stellung nehmen.

Für den Druck verantwortlich: D. Holl. Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs- & Verlagsgesellschaft, Prag.

Kunst und Wissen.

Klavier-Preiswettbewerb an der deutschen Musikakademie. Auch heuer ging der pianistische Wettbewerb der Meisterkammer Professor Konrad Ansores um ein von einer Reichsberger Klavierfirma gestiftetes Piano. Robert Schumann, der große deutsche Musikromantiker, seine symphonischen Studien und Fr. Marie Osner als ihre passionierte, wenn auch technisch nicht vollkommene künstlerische Mittlerin erwarben es. Gatte Fr. Wallersteiner nicht bloß rein auf den äußeren Effekt berechnete E. Dur-Polonaise gepfeilt, sie wäre eine ernste und gefährliche Konkurrentin um den Preis gewesen. So zeigte es sich wieder einmal, daß schon in der Wahl des Programmes der Erfolg des Klaviers liegt. Die beiden anderen Preisvererber, Frau Eisner und Frau Stangl (diebeim spielen ausschließlich Damen), kamen erstlich nicht als Siegerinnen in Betracht; erstere ist schon technisch zu unfertig, während letzterer Temperament und damit Farbe im Spiele fehlt. Außerhalb des Konkurrenzgebietes lag noch Fr. Bössl in Pöchlitz veraltet bravouroscher „Don-Juan-Phantasie“ herein; eine Pianistin, die technisch ohne Zweifel viel bedeutet, der aber für Pöchlitz doch die natürliche Kraft des Anschlages fehlt, so daß übermäßiger Pedalgebrauch, wie überhaupt auffallend bei allen an diesem Abend gehörten Pianistinnen, den physischen Mangel ersetzen mußte.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstag „Boccaccio“; Freitag Gastspiel Kramer „Papa“; Samstag „Der Ruf“; Sonntag nachmittags „Der Feldherrnhügel“, abends „Rädi“ mit Elise Loh-Reisner a. G.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag und Freitag halb 8 Uhr „Max und Moritz“; Samstag 10 Uhr nachts, Sonntag nachmittags und abends „Max und Moritz“; Samstag halb 8 Uhr Gastspiel Kramer „Der Teufel“.

Aus der Partei.

Parteiorganisation in Preßburg. Bei der am Freitag stattgefundenen Parteikonferenz in Preßburg wurden die Genossen Kalmar, Masar, Rejt, Wittich, Bauer, Patil, Brody, Scholz, Müller, Caspar, Kobarik, Laminet, Sejmisty, Schmidt, Fuchs in den Lokalausschuß gewählt. Der Lokalausschuß hielt am Montag, den 23. Juni d. J. eine Sitzung ab und erklärte mit Rücksicht auf die Vorkommnisse sich einer Neuwahl unterziehen zu müssen und zu diesem Zwecke eine neue Parteikonferenz vorzubereiten. Mit der Führung der Parteianglegenheiten wurde Gen. Heinrich Kalmar einstimmig weiterbetraut.

Turnen und Sport.

Die Tischtenniswahlen auf der Fußballolympiade. Das geftragte offizielle Amtsblatt der Olymp. veröffentlicht die Disqualifikation einzelner Teilnehmer mit Angabe der Gründe, wie folgt: 1. Capel (Slovakia) wird wegen unfairen Spiels und unportlichen Benehmens auf ein Jahr gesperrt. — 2. Sediacek (Sparta) wird wegen bewußter und strafbarer Verletzung der Disziplin auf ein Jahr gesperrt. — 3. Ant. Hojer (Sparta) wird wegen Disziplinverletzung und wegen Erzwingung materieller Vorteile bis Ende 1924 gesperrt. — 4. Die hier genannten Spieler, sowie Fr. Hojer (Victoria Zizoo) werden nie mehr repräsentativ für die Olymp. aufgestellt werden. — 5. Das Vergehen Berners (Sparta) wird die Strafkommision der Olymp. beurteilen, nachdem Berner an der Olympioexpedition nicht teilgenommen hatte. — Die Debatte über Paris wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden. — Kurz und gut, die Tischtenniswahlen wurde auf der Olympiade wärzig vertreten.

Änderungen von Fußballregeln. Der International F. A. Board sollte in seiner letzten Sitzung folgende Entscheidungen: Ein Goal kann direkt aus einem Eckstoß, sowie aus einem Freistoß erzielt werden, welcher wegen gefährlichem Spiel, Hand, Fäusten, Stoßen, heftigem oder gefährlichem Behindern (charging) oder Behindern von rückwärts angeordnet wurde. Bei einem Freistoß darf der feindliche Spieler nicht näher als 10 y stehen; diese Regel betrifft jedoch nicht den Eckstoß. Es ist kein Verstoß gegen die Regel, wenn der Spieler in einer Offside-Position steht; nur wenn er in dieser Position einen Gegner oder ins Spiel eingreift, ist er offside und ist zu bestrafen. Nur wenn nach Meinung des Schiedsrichters ein Spieler schwer verletzt wird, hat er das Spiel zu unterbrechen und den Spieler wegzutragen zu lassen, worauf das Spiel fortzusetzen ist. Wenn ein Spieler leicht verletzt wird, darf das Spiel nicht unterbrochen werden, solange der Ball im Spiel ist.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,

Teichergasse 6, 1002 empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemainsden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugchriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Solzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Glasgravierungen
jed. Art, sowie Bierkrügen von gravierten Bier-Wein-, Säfte-, Kompottgläsern usw. Embleme, Monogramme, Decore für Körper-schmuck und Vereine liefert zu den billigsten Preisen Franz Wängler, Glasgraveur, Winterberg, Böhln 100 L. R. 2828

Inferieren bringt Erfolg!